SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Nr. 03/September 2026

DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

Einnahmen und Ausgaben

Landtag debattiert über öffentliche Kassen und private Geldbeutel

16 Parlamente
Ostsee-Treffen in Lübeck

365 Tage
Der Kalender für 2027

80 Jahre
Wie alt ist Schleswig-Holstein?

DER LANDTAG 03/2026

Ausgabe 479 seit 1965

03 **Meldungen**

06 **Finanzen**
Landeshaushalt 2027, Kilometergeld für Beamte, Rücklagen für Landwirte, Lernmittelfreiheit, Unterhaltsvorschuss, Steuerkriminalität, Strompreise, Mobilität, Insolvenzen

11 **Die Seite für das Ehrenamt**

12 **Ausschüsse**
Esstörungen, Qualzucht, Minderheiten in den Medien

15 **Altenparlament**
Hitzeschutz und Einsamkeit

16 **BSPC**
Ostseeparlamentarier treffen sich in Lübeck

18 **Frauen**
Tipps für Kommunalpolitikerinnen

20 **Im Zentrum**
Der Kalender für 2027

Welche Parteien schaffen es über die Schwelle des Landeshauses? Die Entscheidung fällt am 18. April

22 **Plenum**
Hitzeschutz, Drohnenangriffe, Wolf im Jagdrecht, Plattdüütsch, PISA-Studie, Alkoholverbote, Fortpflanzungsmedizin

27 **Einfache Sprache**
Alle Kinder sollen Schwimmen lernen

28 **Im Rückblick**
1963: Diskussion über Justiz in der NS-Zeit

31 **Jubiläum**
Wie alt ist Schleswig-Holstein?, Landtag beschließt Landesfarben und Wappen

34 **Landeshaus**
Studenten entwerfen Ideen für das Haus an der Förde

35 **Personalien**

37 **Bücher**
Studie zur NSDAP im Lande, digitale Welt, Ukraine und Russland im Krieg, Impressum

38 **Im Porträt**
Jasper Balke (Grüne), Rasmus Vöge (CDU)

39 **Ins Bild gerückt**
Zu Besuch im Landeshaus

40 **Termine, Termine, Termine**

ZÄHLBARES

5 %

Um diesen Wert sollen die Personalbudgets der Ministerien laut Etatentwurf im kommenden Jahr sinken. Ausgenommen sind u.a. Polizei, Verfassungsschutz, Steuerverwaltung, Lehrkräfte, Justiz.

Mehr auf Seite 6

Der Schnappschuss

Das „Kasino“, ein Sitzungssaal im dritten Stock des Landeshauses, hat einen neuen Teppich bekommen – der alte Bodenbelag hatte nach 23 Jahren ausgedient.

Landtagspräsidentin Herbst begrüßt „Gorch Fock“ nach Atlantikreise

Die „Gorch Fock“, das Patenschiff des Schleswig-Holsteinischen Landtages, ist Mitte September nach gut vier Monaten von ihrer 189. Auslandsausbildungsreise in ihren Heimathafen Kiel zurückgekehrt. Landtagspräsidentin Kristina Herbst begrüßte die Soldaten an Bord.

„Sie alle haben mit dieser Atlantiküberquerung Geschichte geschrieben“, betonte die Landtagspräsidentin. In den USA war das Schulschiff Teil einer maritimen Delegation anlässlich des 250. Jubiläums der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten. Zudem gewann die „Gorch Fock“ erneut die „Five Sisters Trophy“, bei der die Dreimastbark gegen ihre verschiedenen Schwesterschiffe antrat. Herbst, die selbst einige Tage an der Reise teilgenommen hatte, dankte der Besatzung für die kameradschaftliche Aufnahme. Sie unterstrich zugleich den besonderen Wert der Ausbildung unter Segeln. Gerade auf der Rückreise von Island hätten Schiff und Mannschaft raue See erlebt. Solche Erfahrungen machten die Ausbildung auf der „Gorch Fock“ besonders und ließen die Soldaten als Kameraden zusammenwachsen. Das Segelschulschiff bleibe deshalb ein unentbehrlicher Teil der Ausbildung der Seeoffizieranwärter, so Herbst.

Landtagspräsidentin Herbst kam an Bord, um die "Gorch Fock"-Crew in der Heimat willkommen zu heißen.

Große Freude über Olympia-Votum

Das Ja des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zur Münchener Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 2036, 2040 oder 2044 hat Ende September auch im Norden Jubel ausgelöst – denn Kiel ist als Segelstandort vorgesehen.

„Das ist ein großartiger Tag für Kiel und für ganz Schleswig-Holstein“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst: „Besonders freut mich, dass nicht nur alle Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages, sondern auch so viele Menschen in Kiel hinter der Bewerbung stehen und damit deutlich gemacht haben: Wir wollen die Olympischen und Paralympischen Spiele, und wir trauen uns zu, Gastgeber für die Welt zu sein.“

Das Duo München/Kiel hatte sich in Baden-Baden mit 91:50 Stimmen gegen den Konkurrenten Köln/Rhein-Ruhr und dessen Segelkandidaten Rostock durchgesetzt. Berlin und Hamburg waren zuvor aus dem Rennen ausgestiegen. FDP-Fraktionschef Christopher Vogt bezeichnete Olympia als „große Chance für Kiel und unser Bundesland“. Mit der Kieler Woche beweise die Landeshauptstadt Jahr für Jahr, „dass sie für die Austragung solcher Großveranstaltungen bestens geeignet ist“. Martin Balasus (CDU) gab sich „überzeugt, dass diese deutsche Bewerbung auch international sehr gute Chancen hat“. Die Kombination München/Kiel habe schon 1972 bewiesen, dass sie erfolgreiche Spiele ausrichten könne.

Wortwörtlich

„Marode Landesstraßen, ausfallende Fähren oder der stockende Ausbau des Schienenverkehrs – Schleswig-Holstein fährt unter Ihrer Führung auf Verschleiß! Wenn es denn überhaupt noch fährt! Kein Wunder, Herr Ministerpräsident, dass Sie im Sommer durch das Land gewandert sind. Anders kommt man ja mittlerweile auch nur noch schlecht ans Ziel.“
(Serpil Midyatli, SPD)

• • •

„Die Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine haben sich erstmals im Jahr 2023 im Landeshaushalt niedergeschlagen – wie in allen anderen öffentlichen Haushalten auch. Mit den Auswirkungen auf Energieversorgung und Energiepreise ist das deutsche Wirtschaftsmodell seitdem in seinen Grundfesten erschüttert.“
(Tobias Koch, CDU)

• • •

„Jeder Haushalt dieser Legislaturperiode war ein Konsolidierungshaushalt. Niemand von uns hat dafür Wahlkampf gemacht. Niemand von uns ist in die Politik gegangen, um zu sparen oder zu schauen, aus welchem Topf man noch etwas wegnehmen kann. Trotzdem müssen wir uns mit den Konsequenzen auseinandersetzen.“
(Lasse Petersdotter, Grüne)

• • •

„Das schwarz-grüne Kartenhaus wird allerspätestens nach der Landtagswahl in sich zusammenfallen! Das ist keine seriöse Haushaltspolitik, das ist haushaltspolitische Insolvenzverschleppung! Sie sollten sich schon vor der Landtagswahl ehrlich machen, den Bürgern reinen Wein einschenken und echte Konsolidierungsmaßnahmen einleiten!“
(Christopher Vogt, FDP)

• • •

„Schleswig-Holstein hört nicht hinter dem Kieler Stadtschild auf. Bei den kommenden Investitionen müssen wir auch den ländlichen Raum im Blick haben – und, Sie kennen uns, ganz besonders den Norden. Er darf bei den kommenden Investitionsrunden nicht wieder zu kurz kommen.“
(Christian Dirschauer, SSW)

• • •

„Die deutsche Wirtschaft wächst derzeit nur sehr schwach. Und auch die Steuereinnahmen bleiben hinter den Erwartungen zurück. Das trifft alle Länder. Schleswig-Holstein trifft es allerdings in besonderer Weise. Denn unser Land steht im Vergleich zu anderen Ländern wirtschaftlich relativ stabil da.“
(Finanzministerin Silke Schneider, Grüne)

• • •

Aus der Ersten Lesung des Landeshaushalts 2027 am 26. August. Mehr: Seite 6

Rundes Jubiläum auch für CDU und SPD im Landtag

Im Jubiläumsjahr 2026 feiern auch zwei Fraktionen im Landtag ihren 80. Geburtstag: CDU und SPD gehören dem Parlament als einzige Parteien seit 1946 durchgehend an. Die Sozialdemokraten haben dies im August mit einem Festakt gewürdigt.

In den 80 Jahren waren die Christdemokraten 55 Jahre Regierungspartei, in dieser Zeit stellten sie den Ministerpräsidenten. Insgesamt 288 Abgeordnete waren Mitglied der CDU-Fraktion. Bei der SPD waren es 262 Abgeordnete. Die SPD gehörte 30 Jahre lang der Landesregierung an, davon stellte sie 25 Jahre den Ministerpräsidenten oder die Ministerpräsidentin. CDU und SPD haben also alle Regierungschefs hervorgebracht, und mindestens eine Partei war immer im Kabinett vertreten. Meistens standen sie sich aber als Regierung und Opposition gegenüber. Lediglich fünf Jahre, 1946/47 sowie 2005 bis 2009, regierten sie zusammen.

Mehr zum 80. Landesjubiläum: Seiten 31 bis 33

Die beiden ersten Fraktionsvorsitzenden im Jahr 1947: Carl Schröter (CDU, li.) und Andreas Gayk (SPD, re.). In der Mitte: Heinrich Fischer (SPD).

FDP will Abgeordnetenrechte ausweiten

Die Freien Demokraten wollen die Informationsrechte der Landtagsabgeordneten gegenüber der Landesregierung stärken. Das sieht ein Entwurf zur Änderung der Landesverfassung vor, der Mitte September an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wurde.

Laut Artikel 28 der Verfassung muss die Regierung den Landtag über die Vorbereitung von Gesetzen und Staatsverträgen sowie über Grundsatzfragen der Landesplanung und der Durchführung von Großvorhaben „frühzeitig und vollständig“ unterrichten. Das Gleiche gilt für eine Reihe weiterer Regierungsdokumente. Dieses Recht greife aber nur für den Landtag als Ganzes – nicht aber für einzelne Abgeordnete, so Bernd Buchholz (FDP). Das ergebe sich aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts aus dem Mai dieses Jahres zur gescheiterten Northvolt-Ansiedlung (Az. LVerfG 1/25). Deswegen will die FDP die Landesverfassung um den Satz ergänzen: „Die Abgeordneten können die Rechte des Landtages aus Artikel 28 Absatz 1 als eigene Rechte geltend machen.“ Ein solches individuelles Informationsrecht hätten auch Bundestagsabgeordnete und Mitglieder anderer Landesparlamente, betonte Buchholz.

SPD und SSW reagierten zustimmend, Kritik kam hingegen von CDU und Grünen. Er halte dies für „keine gute Idee“, merkte Tobias Koch (CDU) an. Denn davon würden ausschließlich fraktionslose Abgeordnete profitieren. In der vergangenen Wahlperiode hätte dies für die Ex-Mitglieder der gespaltenen AfD-Fraktion gegolten, so Koch. Sie hätten dann einzeln das Landesverfassungsgericht mit Klagen belasten können.

Mehr zum Urteil des Landesverfassungsgerichts: Landtagszeitschrift 02/2026

Wertschätzung für Einsatzkräfte

Rund 270 Vertreter von Bundeswehr, Polizei, Feuerwehr, Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutz, Zoll, Rettungsdiensten und weiteren „Blaulicht-Organisationen“ sind Ende August der Einladung von Landtagspräsidentin Kristina Herbst gefolgt. Der Einsatzkräfte-Empfang in Büdelsdorf stand in diesem Jahr unter dem Motto „Vernetzte Sicherheit im Heimat- und Bevölkerungsschutz“. Die Sicherheits- und Hilfestrukturen des Landes „wären ohne die vielen Ehrenamtlichen nicht denkbar“, sagte Herbst. In einer Talk-Runde diskutierten Fregattenkapitän Frank Martin vom Landeskommando Schleswig-Holstein, Sebastian Bruns, Leiter der Task Force Zivile Verteidigung im Innenministerium, Benjamin Hussong vom DRK-Landesverband und Lars Wehmeyer vom Technischen Hilfswerk über die zivil-militärische Zusammenarbeit.

Ausgezeichnet: Landtag ist familienfreundlicher Arbeitgeber

Zum fünften Mal seit 2014 ist der Landtag im Juni mit dem „audit berufundfamilie“ zertifiziert worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, vergeben. Partner sind das Bundesfamilienministerium und das Bundeswirtschaftsministerium. „Das Thema ist fester Bestandteil unserer Personalpolitik und wird von allen Beteiligten konsequent gelebt“, betonte Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Zu den Angeboten der Landtagsverwaltung gehören flexible Arbeitszeiten und verschiedene Formen des ortsflexiblen Arbeitens. Außerdem kann eine Notfallkinderbetreuung in der Kita „Company Kids Kiel“ genutzt werden. Im Landeshaus gibt es Still- und Wickelzimmer sowie Spielmöglichkeiten für Kinder von Beschäftigten.

Freuen sich über die Re-Zertifizierung „audit berufundfamilie“: Landtagspräsidentin Kristina Herbst (li.) und Personalreferentin Johanna Tüns

Bredstedt ist nun „Ort der Demokratie“

Der Landtag hat Bredstedt (Kreis Nordfriesland) zum „Ort der Demokratie“ ernannt. Mitte Juli wurde diese Ehrung auf dem Marktplatz gefeiert, mit friesischen Trachten und Tänzen, einem Jugendprogramm und Reden. Landtagsdirektor Utz Schliesky enthüllte eine Stele, die an eine historische Rede von Harro Harring aus dem Jahr 1848 erinnert. Harring war ein weitgereister Freiheitskämpfer und Dichter. Er wollte in der damaligen revolutionären Atmosphäre einen nordfriesischen Freistaat gründen, geriet aber im Konflikt zwischen Deutsch- und Dänischgesinnten zwischen die Fronten. Dennoch wurde sein Einsatz nun gewürdigt, als Grundstein für die Entwicklung der Demokratie in Schleswig-Holstein.

Mit dem Projekt „Orte der Demokratie“ ehrt der Landtag das Engagement von Menschen für die Demokratie. Mehr: www.ortederdemokratie.sh

Jetzt anmelden bei „Jugend im Landtag“

Am Wochenende vom 27. bis 29. November trifft sich wieder die „Jugend im Landtag“. Einmal im Jahr tauschen Jugendliche ab der 9. Klasse mit den Abgeordneten die Plätze. Sie erarbeiten Anträge, diskutieren, halten Reden, schließen Kompromisse und stimmen ab. Es werden Gespräche mit Landtagsabgeordneten geführt, Arbeitskreise gebildet und im Plenum Beschlüsse gefasst. Die Beschlüsse werden den Landtagsfraktionen, der Landesregierung sowie den schleswig-holsteinischen Bundestags- und Europaabgeordneten zur Stellungnahme vorgelegt. Alternativ zur politischen Arbeit gibt es die Gelegenheit, sich journalistisch auszuprobieren: Medieninteressierte Teilnehmer bilden ein Presseteam. Unter fachkundiger Anleitung werden für die sozialen Medien Interviews geführt und Beiträge erstellt. Bereits im Vorfeld besteht die Möglichkeit, eine Plenardebatte zu besuchen und andere Teilnehmer kennenzulernen.

Eine Anmeldung ist möglich bis zum 15. November: www.sh-landtag.de, „Rubrik „Landtag erleben“, Stichwort „Dialog“

Herbst fordert mehr Aufmerksamkeit für Wohnungslose

Am Tag der Wohnungslosen, dem 11. September, hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst in Norderstedt ein Grillfest für Menschen in besonderen Lebenslagen ausgerichtet. Gemeinsam mit weiteren Abgeordneten bewirtete sie die Gäste und suchte das Gespräch. Es war die sechste jährliche Veranstaltung dieser Art. „Menschen in schwierigen Lebenslagen dürfen nicht auf ihre Notlage reduziert werden. Sie gehören zu unserer Gesellschaft – mit derselben Würde, mit denselben Rechten und mit demselben Anspruch darauf, gehört und gesehen zu werden“, sagte Herbst. Zum Stichtag 31. Januar 2026 waren in Schleswig-Holstein knapp 29.000 Menschen in Notunterkünften untergebracht. „Diese Zahlen dürfen uns nicht gleichgültig lassen“, betonte die Landtagspräsidentin. Herbst würdigte zugleich die Arbeit der haupt- und ehrenamtlich Beschäftigten in der Wohnungslosenhilfe.

Landeshaushalt ist auf dem Weg, Landtagswahl gerät in den Blick

Steuerflaute, Druck aus Berlin, Vorgaben aus Karlsruhe: Unter schwierigen Rahmenbedingungen hat Finanzministerin Silke Schneider (Grüne) Ende August den Landeshaushalt für das kommende Jahr vorgestellt. „Während sich die Einnahmen deutlich schwächer entwickeln als erwartet, steigen unsere Ausgaben weiter“, so die Ministerin. Dennoch gelte: „Wir sparen, wo wir können. Wir investieren, wo wir investieren müssen.“ Aus der Opposition kam scharfe Kritik. SPD, FDP und SSW monierten einen mangelnden Sparwillen und falsche Prioritäten. Acht Monate vor der Landtagswahl am 18. April 2027 gab es erste Bilanzen der schwarz-grünen Regierungsarbeit.

Unterschiedliche Sichtweisen: Finanzministerin Silke Schneider (Grüne, li.), Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD)

Schneider verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur angemessenen Alimentation von Beamten. Auch steigende Kosten für die Eingliederungshilfe, hohe Zinsausgaben und Steuerentlastungen des Bundes übten einen „besonders hohen Haushaltsdruck“ aus.

Tobias Koch (CDU) lobte, der Koalition sei „etwas Ähnliches wie die Quadratur des Kreises“ gelungen: „unter schwierigsten Bedingungen einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, auf soziale Härten und unverhältnismäßige Kürzungen zu verzichten, und dennoch für öffentliche Infrastruktur, Sicherheit, Wohnungsbau, gute Bildung und Kinderbetreuung bei uns im Land zu sorgen“.

Lasse Petersdotter (Grüne) zählte auf: „Wir geben Geld in die Biodiversitätsstrategie, sichern eine Unterrichtsversorgung von deutlich über 100 Prozent an jeder Schulform, führen ein Azubiwerk ein und erhöhen die Mittel für Kitas.“ Das Zahlenwerk sei „kein Wahlkampfhaushalt, sondern ein Verantwortungshaushalt“.

Die Lage sei „ernüchternd“, so Oppositionsführerin **Serpil Midyatli (SPD):** „Wenn Kitas kurzfristig schließen, Schulen marode sind, Wohnen zum Luxus und Mobilität zum Glücksfall wird, dann wankt das Fundament unseres Zusammenhalts.“ Sie mahnte insbesondere Investitionen im sozialen Bereich an: „Politik ohne Soziales ist wie Schleswig ohne Holstein.“

„Schwarz-Grün wird dem Land nach fünf Jahren einen finanzpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen“, urteilte **Christopher Vogt (FDP)**. Die Verschuldung steige „in rapidem Tempo“, und der finanzielle Spielraum werde immer kleiner, denn die Koalition löse die „noch verbliebenen Rücklagen und Reserven“ auf. „Das schwarz-grüne Kartenhaus wird allerspätestens nach der Landtagswahl in sich zusammenfallen.“

Christian Dirschauer (SSW) warnte, der gesellschaftliche Zusammenhalt dürfe „nicht zum Steinbruch der Haushaltskonsolidierung werden“. Ausgaben für Minderheiten, Kultur, Ehrenamt, Beratungsstellen, soziale Träger und Weiterbildung hätten eine enorme Wirkung: „Wenn dort ein paar Tausend Euro weggenommen werden, kann das vor Ort den ganzen Laden dichtmachen.“

Der weitere Fahrplan des Haushalts: Seite 20

Die Kerndaten des Etats

Die Landesregierung veranschlagt die bereinigten Einnahmen im Jahr 2027 auf 18,48 Milliarden und die bereinigten Ausgaben auf 19,37 Milliarden Euro. Der Saldo von 893 Millionen Euro soll durch Rücklagen von 109 Millionen und eine Nettokreditaufnahme von 784 Millionen Euro gedeckt werden. Damit wäre die laut Grundgesetz zulässige Obergrenze exakt ausgeschöpft. Die Investitionsquote beträgt 13,6 Prozent. 2,63 Milliarden Euro sollen in die Infrastruktur investiert werden, darin enthalten sind 581 Millionen aus dem Sondervermögen des Bundes für Investitionen und Klimaneutralität. 300 Millionen Euro aus dem Versorgungsfonds der Landesbeamten und Gelder aus diversen Sondervermögen sollen in den regulären Haushalt übernommen werden. Die Ministerien sollen globale Minderausgaben von 233 Millionen Euro umsetzen.

Klamme Kassen: Wohl kein höheres Kilometergeld für Beamte

Viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes setzen ihren privaten Pkw für dienstliche Fahrten ein. Dafür sollen sie nach Willen von SSW, SPD und FDP eine höhere „Wegstreckenentschädigung“ erhalten. Der Satz soll demnach von 20 auf 30 Cent pro Kilometer steigen, bei Fahrten von „erheblichem dienstlichen Interesse“ von 30 auf 40 Cent. Diese neuen Werte wollen die drei Oppositionsfraktionen ins Landesbeamtengesetz schreiben. Schwarz-Grün reagierte im August verhalten und verwies auf den Landeshaushalt. Nun berät der Finanzausschuss.

„Wer sein privates Auto für dienstliche Zwecke zur Verfügung stellt, darf nicht auf den entstehenden Kosten sitzen bleiben“, so Christian Dirschauer (SSW). Der öffentliche Nahverkehr sei im Flächenland Schleswig-Holstein häufig keine Alternative. Dirschauer hatte zuvor eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Demnach sind die Kosten des Autofahrens, der sogenannte Kraftfahrer-Preisindex, allein zwischen 2020 und 2024 um 28,3 Prozent gestiegen. Die Entschädigungssätze sind hingegen seit 2005 unverändert.

Vertreter der Koalition äußerten Verständnis, wiesen aber darauf hin, dass die Aufstockung das Land pro Jahr schätzungsweise 667.000 Euro kosten würde. „Gerade in diesen Zeiten müssen wir auf jeden Euro schauen“, sagte Ole Plambeck (CDU). Es geht um Bereiche wie Lebensmittelüberwachung, Betriebsprüfungen, Gerichtsverfahren, Veterinärwesen, Familienhilfen wie auch um Fortbildungen. Die Entschädigung wird im Lande über das Beamtengesetz und für Tarifbeschäftigte über den Tarifvertrag der Länder (TV-L) geregelt. Die Kilometerwerte orientieren sich am Bundesreisekostengesetz.

Finanzielles Polster für Landwirte

Landwirte sollen in guten Jahren steuergünstig Rücklagen bilden können, von denen sie dann bei schlechteren Ernten zehren. Das hat die FDP Ende August angeregt und die Landesregierung aufgerufen, beim Bund für eine entsprechende Regelung zu werben. Bauern sollten weniger abhängig von staatlichen Nothilfen werden und mehr unternehmerische Freiheit genießen, sagte die FDP-Abgeordnete Anne Riecke.

Eine derartige Risikovorsorge stärke Liquidität, Eigenkapital und Kreditwürdigkeit der Betriebe, so Ole Plambeck (CDU). Auch Oliver Brandt (Grüne) hielt den Vorschlag für „grundsätzlich sinnvoll“. Es sei aber zu klären, „wie eine solche Regelung ausgestaltet wird und welche Betriebe davon profitieren“. Auch das EU-Beihilferecht sei zu beachten. Beate Raudies (SPD) sprach von einer „guten Idee“. Allerdings: „Es muss eine Obergrenze für solche Rücklagen geben, und sie können nicht unbegrenzt fortgeschrieben werden.“

„Das hört sich im ersten Moment gut und sinnvoll an“, befand Michael Schunck (SSW). Es wäre aber auch „eine steuerliche Privilegierung für eine bestimmte Branche“ und würde damit gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen. Zudem werde ein „Sondersubventionstatbestand“ geschaffen. Finanzministerin Silke Schneider (Grüne) sprach sich ebenfalls gegen eine Besserstellung einer einzelnen Branche aus, denn besondere wirtschaftliche Risiken gebe es auch in der Bauwirtschaft, dem Tourismus oder der Gastwirtschaft. Nun beraten der Finanzausschuss sowie der Umwelt- und Agrarausschuss.

© dpa / Marcus Brandt

Ein Mähdrescher bei Friedrichskoog (Kreis Dithmarschen): Wetterschwankungen und Klimawandel wirken sich auf den Ertrag der Landwirtschaft aus. Die vorläufigen Ernteergebnisse für Getreide und Raps in Schleswig-Holstein liegen 2026 unter dem Vorjahresniveau, so das Statistikamt Nord Mitte August. Die Anbaufläche für Getreide betrug rund 278.600 Hektar, drei Prozent weniger als im Vorjahr. Die Gesamterntemenge wird auf knapp 2,2 Millionen Tonnen geschätzt. Das entspräche einem Rückgang von neun Prozent gegenüber 2025.

Keine Lernmittelfreiheit mit der Gießkanne

Pro Jahr müssen Eltern rund 1.000 Euro für jedes schulpflichtige Kind aufbringen – für Bücher, Hefte, Stifte, Nachhilfe, Pausenbrot oder Klassenfahrten. Vor diesem Hintergrund hat die Opposition erneut eine Lernmittelfreiheit für alle Schulkinder gefordert – dies sei eine Grundvoraussetzung für Bildungsgerechtigkeit. Vertreter der Koalition wandten sich Ende August gegen eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip und verwiesen auf bestehende Hilfsangebote.

„Solange schulische Bildungskosten von Familien mitgetragen werden müssen, werden wir in Schleswig-Holstein keine wirkliche Bildungsgerechtigkeit erreichen“, sagte Jette Waldinger-Thiering (SSW): „Bildung muss kostenlos sein und somit auch Lern- und Verbrauchsmaterialien, die für den Unterricht relevant sind.“

Grundlage der Debatte war ein Bericht von Bildungsministerin Dorit Stenke (CDU). Demnach sind Schule und Schulträger verpflichtet, die Kosten für „freie“ Lernmittel zu tragen. Dazu zählen „Gegenstände, die ausschließlich im Unterricht genutzt werden“, also etwa Schulbücher. Darüber hinaus seien die Leistungen für Kinder mit Unterstützungsbedarf in den vergangenen Jahren ausgebaut worden: „Noch nie gab es eine so umfangreiche Unterstützung.“ Die Ministerin verwies auf das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes. Dort können Eltern bis zu 195 Euro pro Schuljahr beantragen, um persönlichen Schulbedarf, Ausflüge, aber auch die Mitgliedsbeiträge im Sportverein zu decken. Im Bereich digitale Endgeräte verfügten „nahezu alle Schulen über eine auskömmliche unterrichtliche Ausstattung“.

Stifte, Hefte, Kleber, Papier: Die Kosten für Schulbedarf summieren sich.

SPD und FDP kritisierten, dass die aktuellsten Zahlen über die Kosten für Lernmittel aus dem Jahr 2016 stammten. „Wir wollen aktuelle Zahlen. Wir wollen Transparenz“, forderte der Sozialdemokrat Martin Habersaat. Koalitionsabgeordnete blickten auf den Landeshaushalt. Malte Krüger (Grüne): „Wenn wir begrenzte finanzielle Mittel haben, dann möchte ich sie zuerst dort einsetzen, wo sie den größten Unterschied machen und wo das Geld zu mehr Gerechtigkeit führt.“ So habe das „Perspektivschulprogramm“ des Landes „einen echten Unterschied gemacht“. Der Bildungsausschuss berät weiter.

Streit um Unterhaltsvorschuss

Die FDP hat sich Ende August gegen die Pläne von Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) zum Unterhaltsvorschuss gewendet. Die ehemalige schleswig-holsteinische Bildungsministerin plant, den Vorschuss nicht mehr bis zum 18. Geburtstag zu zahlen, sondern nur noch bis zum 16., um Kosten zu sparen. Den Unterhaltsvorschuss zahlt der Staat für Kinder von Alleinerziehenden, wenn ein Partner seiner Unterhaltspflicht nicht nachkommt. Die FDP geht von 33.000 Kindern und Jugendlichen im Lande aus, die den Vorschuss beziehen. Davon seien etwa 4.500 im Alter von 16 oder 17 Jahren. Für diese jungen Menschen gehe es „um bis zu 394 Euro im Monat, sodass bis zur Volljährigkeit bis zu 9.456 Euro fehlen können“, betonte die Abgeordnete Anne Riecke: „Das ist eine Leistungskürzung. Und die lehnen wir ab.“ Auch SPD und SSW kritisierten den Berliner Plan.

Die Koalition zeigte sich uneins. Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) sprach sich ebenfalls gegen die geplanten Kürzungen aus: „Es ist völlig am Leben vorbei zu glauben, dass ein Kind plötzlich weniger kostet, nur weil es 16 geworden ist.“ Demgegenüber hielt Dagmar Hildebrand (CDU) Priens Vorschlag für „richtig“. Der Staat dürfe nicht dauerhaft an die Stelle eines unterhaltspflichtigen Elternteils treten. Denn in den letzten Jahren habe „der massive Ausbau des Unterhaltsvorschusses“ zu „erheblichem Mehraufwand in Verwaltung bei Bund, Land und Kommune geführt“. In einem gemeinsamen Antrag forderte Schwarz-Grün „eine konsequente Durchsetzung der Unterhaltspflicht“.

Härteres Durchgreifen gegen Steuerhinterzieher

Angesichts knapper öffentlicher Kassen fordert die Landespolitik schärfere Maßnahmen gegen Steuerbetrüger. Grundlage der Debatte war Ende August ein SPD-Antrag. Die Sozialdemokraten griffen einen Vorstoß von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil und Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (beide SPD) auf.

„50 Milliarden Euro verliert der deutsche Staat jedes Jahr durch Steuerhinterziehung“, rechnete die Abgeordnete Beate Raudies vor: „Was könnten wir damit alles anfangen?“ Die Sozialdemokraten fordern, die strafbefreiende Selbstanzeige bei Steuerdelikten einzuschränken. Zudem will die SPD die deutschen Finanzbehörden besser vernetzen. Es soll eine zentrale „Plattform für Steuer- und Finanzdaten“ geben, und auffällige Transaktionen sollen per Künstlicher Intelligenz ermittelt werden. Der Bund soll Datensätze mit Hinweisen auf Steuerhinterziehung zentral erwerben und den Ländern zur Verfügung stellen. Und: Das Bundeszentralamt für Steuern soll eine anonyme Meldestelle für „Whistleblower“, also Informanten, einrichten. Der Staat müsse „genauso professionell aufgestellt sein wie die Konzerne“, so Christian Dirschauer (SSW).

In dem Forderungskatalog befänden sich „zahlreiche Maßnahmen, die wir ausdrücklich begrüßen“, erklärte Finanzministerin Silke Schneider (Grüne). Ole Plambeck (CDU) verteidigte die Selbstanzeige: Sie sei „ein Instrument, um bislang unbekannte Steuerquellen offenzulegen und hinterzogene Steuern zurückzuholen.“ Die straffreie Selbstanzeige sei „kein Geschenk an Steuerhinterzieher“, betonte auch Annabell Krämer (FDP). Ein anonymes Meldeportal sah sie kritisch und warnte vor einer Kultur des „Denunziantentums“. Der Finanz- sowie der Innen- und Rechtsausschuss beraten weiter.

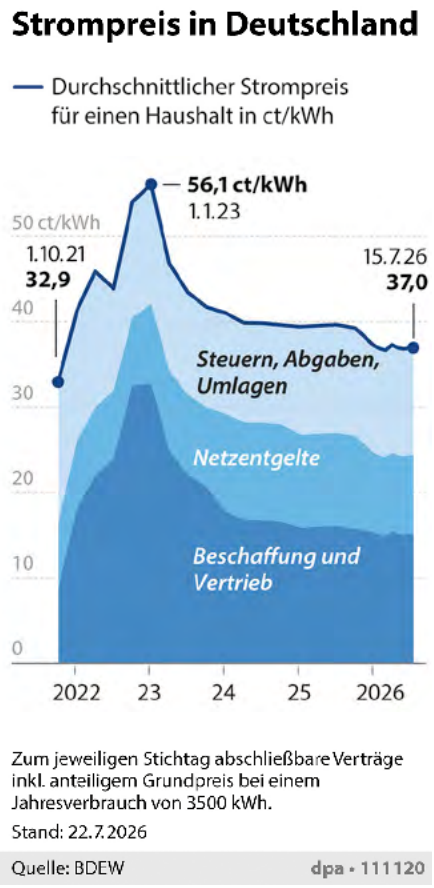
Günstigere Strompreise durch neue Zonen

Schleswig-Holstein ist deutsche Spitze bei den erneuerbaren Energien, aber wegen fehlender Netze kommt der Windstrom aus dem Norden häufig nicht in den Industriegebieten im Süden an. Die Folge: Windkraftanlagen im Norden werden abgeriegelt, und andernorts springen Gas- und Kohlekraftwerke ein. Mehr noch: Die Preise, die Stromkunden zahlen müssen, schnellen durch die sogenannten „Redispatchkosten“ in die Höhe, und das Geld landet größtenteils bei den fossilen Energieträgern – und nicht bei den Windmüllern. Konkret: Von den drei Milliarden Euro, die die Kunden pro Jahr wegen fehlender Netze aufbringen müssen, landen nach Angaben von Schwarz-Grün, SPD, FDP und SSW rund 2,5 Milliarden bei den fossilen Energiebetreibern.

„Der Strommarkt in Deutschland in seiner jetzigen Form ist ineffizient“, lautete deswegen im August die Schlussfolgerung aller fünf Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag. Bislang gibt es eine einzige „Stromgebotszone“ für Deutschland und den Partner Luxemburg, in die auch Schleswig-Holstein eingebunden ist. Die Nord-Politiker fordern nun eine Neuausrichtung: Das Land zwischen den Meeren soll sich in Richtung Skandinavien orientieren.

Die Abgeordneten greifen damit eine Initiative der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein aus dem Juni auf. Die IHK schlägt vor, dass Schleswig-Holstein und Hamburg eine gemeinsame Strompreiszone mit der dänischen Halbinsel Jütland sowie der Insel Fünen bilden. In solch einer Zone kämen 90 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen. Die EU hatte zuletzt Vorschläge unterbreitet, die in eine ähnliche Richtung gehen. Die Landesregierung unterstützt diesen Kurs, der Bund reagiert jedoch bislang verhalten.

Der Preis für Strom ist rückläufig, aber es gibt noch Luft für eine Entlastung der Kunden, hieß es im Landtag.



SPD scheitert mit Sozialtarif

Die SPD macht sich für einen „Sozialtarif“ bei Bus und Bahn in Schleswig-Holstein stark. Der Vorstoß für ein „deutlich vergünstigtes, einfach zugängliches und möglichst bürokratiearmes Tarifangebot für Menschen mit geringem Einkommen“ scheiterte im September jedoch am Nein von CDU, Grünen und FDP.

Zuvor hatte der Sozialdemokrat Niclas Dürbrook für den neuen Fahrschein geworben. Das Angebot für Bürgergeld- oder Wohngeldbezieher solle auf dem Deutschlandticket basieren, so Dürbrook. Er rechnete mit Kosten von bis zu zehn Millionen Euro pro Jahr. Der SPD-Verkehrsexperte blickte nach Hamburg, wo es einen Sozialtarif für monatlich 27,50 Euro gebe – anstatt der aktuell 63 Euro für das D-Ticket. In Hessen würden 44 Euro fällig und in NRW 53 Euro. Der Zeitpunkt sei günstig, so Dürbrook, denn derzeit laufen Verhandlungen zwischen Land, Kommunen, Verkehrsunternehmen und dem Nahverkehrsverbund NAH.SH über eine Vereinfachung des SH-Tarifs. Die neuen Preisstufen sollen im August 2027 an den Start gehen.

„Schlicht nicht finanzierbar“, lautete das Urteil von Rasmus Vöge (CDU). Er ging von einer Belastung für den Landeshaushalt von bis zu 50 Millionen Euro aus. Zudem gebe es „heute schon ein System mit Vergünstigungen für verschiedene Lebenssituationen“, etwa das Schulticket und das Deutschland-Jobticket. Nelly Waldeck (Grüne) äußerte grundsätzliche Sympathie, doch auch sie verwies auf die Haushaltslage und kalkulierte sogar mit einer jährlichen Belastung von 78 Millionen Euro. Das Land zahle bereits 43 Millionen Euro jährlich als Beitrag zum Deutschlandticket, so Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU). Hinzu kämen 20 Millionen für das Deutschland-Schulticket.

Bernd Buchholz (FDP) empfahl, das Geld „eher in neue Infrastruktur“ zu stecken. Er warnte vor einer „auf die Grundsicherung heraufaddierten zusätzlichen Sozialleistung“. Der SSW enthielt sich. Die Abgeordnete Sybilla Nitsch forderte zwar auch ein vergünstigtes D-Ticket für Bezieher von Wohngeld und Grundsicherung. Aber: „Ein günstiges Ticket macht noch keinen guten ÖPNV. Was nützt mir ein Sozialtarif, wenn der Bus nicht kommt?“

Mehr Unternehmen gehen in die Insolvenz

2026 haben deutlich mehr schleswig-holsteinische Firmen Insolvenz angemeldet als in den Jahren davor. Als Grund nannte Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) Mitte September „eine dauerhafte Krise, die ausgelöst wird von vielen einzelnen Krisen“. Dazu zählten Corona, steigende Energiepreise, der russische Krieg gegen die Ukraine, der USA-Iran-Konflikt sowie hohe Handelszölle. Beim Gegenmittel waren sich alle Redner einig: sinkende Preise für Strom und Benzin, eine agile Verwaltung und eine bessere Infrastruktur.

Von Januar bis Juni haben die Insolvenzgerichte 571 Anträgen auf Unternehmensinsolvenz stattgegeben, wie das Statistikamt Nord Anfang September mitteilte. Das waren 26 Prozent beziehungsweise 117 Verfahren mehr als im ersten Halbjahr 2025. Einen höheren Wert gab es zuletzt im ersten Halbjahr 2012. Mindestens 3.641 Arbeitnehmer waren direkt betroffen. Das entspricht einem Plus von elf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Bernd Buchholz (FDP), der den Regierungsbericht angefordert hatte, sprach von einem „Alarmsignal“. Schleswig-Holstein stehe schlechter da als die übrigen Bundesländer – dort habe der Anstieg im Schnitt lediglich sieben Prozent betragen. Kianusch Stender (SPD) zog eine Bilanz der Regierungszeit von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). Seit dessen Amtsantritt 2017 habe es im Lande knapp zwei Prozent mehr Wirtschaftsleistung gegeben: „Deutschland hat sich in diesem Zeitraum deutlich besser entwickelt.“ Besonders betroffen seien das Baugewerbe, der Gesundheitsbereich, der Verkehrssektor und die Lagerei, so Sybilla Nitsch (SSW), aber die Landesregierung habe keine Antwort. „Warum trifft es diese Branchen so stark?“, fragte sie.

Lukas Kilian (CDU) sprach von einem „Nachholeffekt der Corona-Jahre“. Wegen der damaligen staatlichen Hilfen seien viele drohende Insolvenzen verschoben worden. Zudem gebe es auch positive Zahlen, etwa 12.717 neu gegründete Gewerbe. Dies sei der höchste Halbjahreswert seit 2010. Sebastian Bonau (Grüne) wies darauf hin, dass es fast 1,48 Millionen Erwerbstätige in Schleswig-Holstein gebe – ein neuer Höchststand. Zudem gebe es „erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung in Deutschland“.

+++MELDUNGEN FÜR DAS EHRENAMT+++

Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen. Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

Freiwillige Feuerwehren: Mit einer umfassenden Reform des Brandschutzgesetzes will die Landesregierung die rund 1.300 Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein mit ihren 50.000 Ehrenamtlichen auf aktuelle Herausforderungen vorbereiten. Den „zeitgemäßen, verlässlichen Rahmen" habe das Innenministerium gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden und dem Landesfeuerwehrverband entwickelt, betonte Innenministerin Magdalena Finke (CDU) Mitte September. Die Opposition war im Grundsatz einverstanden, nun berät der Innen- und Rechtsausschuss. Laut dem Entwurf werden die Feuerwehren nun auch bei der Bekämpfung von Großschadenslagen, etwa bei Sturm und Hochwasser, eingeplant, und es werden Regelungen zur Alarmierung und zur Weitergabe von Informationen geschaffen. Außerdem wird der Einsatz von Drohnen geregelt, insbesondere die Übermittlung und die Löschfristen personenbezogener Daten.

Ein weiterer Kernpunkt: Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in einer Freiwilligen Feuerwehr soll verankert werden, dass die Mitglieder „für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten müssen". Mitglieder müssten ihre Aufgaben gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen, „unabhängig von Nationalität, Religion, Geschlecht oder Hautfarbe". Wenn „Anhaltspunkte" für eine verfassungsfeindliche Einstellung vorliegen, „ist die Verweigerung der Aufnahme bzw. ein Ausschluss aus der Feuerwehr möglich". Die Mitgliederversammlung soll darüber entscheiden. Die Opposition unterstützte das Vorhaben, monierte allerdings, dass im ursprünglichen Text auch das umstrittene Wort „Rasse" verwendet worden war.

Mit der Alterung der Gesellschaft soll auch die Wählbarkeit zum Wehrführer ausgeweitet werden. Bislang ist eine Erstwahl nur bis zum 60. Lebensjahr möglich. Amtsinhaber können aber auch danach wiedergewählt werden, maximal bis zur Vollendung des 67. Lebensjahres. Nun soll auch eine Neuwahl für Über-60-Jährige möglich werden, wenn sie die entsprechenden fachlichen Qualifikationen mitbringen. Zudem wird eine „Rechtsgrundlage zur Ahndung von Fehlverhalten innerhalb der Kinder- und Jugendabteilung" geschaffen. Künftig sollen „Ordnungsmaßnahmen in Form eines persönlichen Verweises, eines befristeten Ausschlusses von bis zu drei Monaten oder ein vollständiger Ausschluss aus der Kinder- oder Jugendabteilung" drohen. Die Betroffenen und ihre Sorgeberechtigten müssen angehört werden.

Ehrenamtspauschale: Wer im Sportverein eine Jugendmannschaft trainiert oder in der Freizeit die Öffentlichkeitsarbeit für die Kirchengemeinde übernimmt, bekommt dafür oft eine Entschädigung – und hat Steuervorteile. Ein Einkommen von bis zu 80 Euro im Monat, also 960 Euro im Jahr, gilt als „Ehrenamtspauschale" und ist von der Einkommenssteuer und von Sozialabgaben befreit. Die FDP hat Ende August gefordert, den Jahresfreibetrag „auf mindestens 2.400 Euro" anzuheben. Die Landesregierung soll sich dafür auf Bundesebene einsetzen. Das ergäbe einen Freibetrag von 200 Euro pro Monat und wäre „eine spürbare Verbesserung für viele Menschen, die sich Tag für Tag für andere einsetzen", betonte die Abgeordnete Annabell Krämer.

Die Koalitionsfraktionen verwiesen darauf, dass sich die Landesregierung in den vergangenen Jahren bereits „intensiv" für eine Erhöhung der Pauschale eingesetzt habe. So habe Schleswig-Holstein im Bundesrat die Anhebung der Ehrenamtspauschale von 840 auf 960 Euro und der Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro zum Beginn dieses Jahres unterstützt.

Auch die SPD will die Pauschale anheben, nennt aber keinen konkreten Betrag. Nach Auffassung der Sozialdemokraten ist eine „dynamische Anpassung" nötig, etwa angelehnt an die Inflationsrate oder an den Grundfreibetrag in der Einkommenssteuer. Der SSW unterstützte den FDP-Antrag ebenfalls und forderte weitere Maßnahmen: Bürokratische Hürden für Vereine, Verbände und Initiativen sollen abgebaut und Förderverfahren vereinfacht werden. Der Finanzausschuss berät die Anträge weiter.

Gemeindevertreter: Wenn Gemeindevertreter ein Kindermädchen oder eine Pflegekraft engagieren müssen, weil sie wegen einer Sitzung außer Haus sind, dann sollen sie diese Extra-Kosten künftig einfacher abrechnen können. Das sieht ein SSW-Entwurf zur Änderung der Gemeindeordnung vor, der nun im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten wird. Ziel: Die Kommunalpolitiker sollen einen Pauschalbetrag erhalten und nicht jedes Mal eine Kostenabrechnung einreichen müssen. Das „reduziert bürokratischen Aufwand und stärkt die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und kommunalem Ehrenamt", hieß es Anfang September. Eine ähnliche Regelung gibt es bereits für Verdienstausfall und Reisekosten.

Essstörungen: Mädchen und Frauen sind besonders betroffen

Hungern für ein vermeintliches Schönheitsideal: Vor allem Mädchen und junge Frauen leiden an Essstörungen. Auslöser können eine Depression oder eine Traumatisierung sein. Aber auch Abnehm-Trends in den Sozialen Medien spielen eine Rolle. Der Sozialausschuss hat Anfang Juli mit Fachleuten aus den Bereichen Medizin, Prävention und Beratung diskutiert, wie die Politik gegensteuern kann – und wie gut die Betroffenen im Lande versorgt sind.

Damaris Hallmann-Sroor vom Verein „Frauen helfen Frauen“ aus dem Kreis Stormarn beschrieb die Magersucht als „Gewaltakt gegen sich selbst“. Menschen mit einem destruktiven Verhältnis zum eigenen Körper versuchten, über die Gewichtsabnahme die Kontrolle über das eigene Aussehen zu gewinnen. Manuel Munz, Chefarzt der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik des Zentrums für Integrative Psychiatrie (ZIP) in Kiel, sprach von einer Erscheinung, die „exklusiv für westliche Industrienationen“ sei. Man dürfe die Gesundheit der Jugendlichen nicht Influencern überlassen, „die nach dem Datengeschäftsmodell arbeiten“. Grundlage der Debatte war ein Regierungsbericht. Demnach sind 80 bis 90 Prozent der Erkrankten im Norden weiblich, und bei 62 Prozent wird zudem eine Depression diagnostiziert.

„Strukturelle Unterversorgung“ bei der Hilfe?

Das Land setzt demnach auf Suchtberatung, sozialpsychologische Dienste, Schulpsychologen und auf ambulante wie stationäre ärztliche Betreuung. Außerdem ist der Verbraucherschutz gefragt, um vor Diätprodukten oder Abführmitteln zu warnen. Die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein macht auf Web-Inhalte aufmerksam, „die Essstörungen verharmlosen oder ungesunde Körperideale fördern“. Wichtig ist es nach Auffassung der Experten, dass die unterschiedlichen Angebote miteinander vernetzt sind. Der Therapieerfolg hänge von der „lückenlosen Begleitung“ ab, betonte Heiner Garg (FDP). Eva-Maria Koller von der Beratungsstelle Eß-o-Eß aus Kiel verwies auf eine massiv gestiegene Nachfrage. In Schleswig-Holstein gebe es eine „strukturelle Unterversorgung“ und lange Wartezeiten bei Beratung und Therapie, insbesondere im ländlichen Raum.

Je früher das Thema ins Bewusstsein rückt, desto besser – darüber herrschte breite Einigkeit. Birte Pauls (SPD) rief dazu auf, die gesunde Ernährung bereits in der frühkindlichen Bildung in den Kitas anzusprechen. An den Grundschulen regte sie erneut eine „Gesundheitsschulfachkraft“ an. Jasper Balke (Grüne) betonte die Bedeutung der „ersten 1.000 Tage“ im Leben eines Menschen. In dieser Zeit werde auch die Grundlage für eine gesunde Ernährung gelegt. Ralf van Heek, Vorsitzender des Landesverbandes der Kinder- und Jugendärzte, plädierte für besseres Essen in Kindergarten und Schule: „Was wir an Ernährung in den Gemeinschaftseinrichtungen haben, ist ein Desaster.“

„Familien sind oft Teil des Problems“

Umstritten blieb, welche Rolle der soziale Status des Elternhauses spielt. Laut Regierungsbericht liegt die Wahrscheinlichkeit einer Bulimie- oder Anorexie-Erkrankung „in den niedrigen Einkommensgruppen teilweise mehr als doppelt so hoch“ wie in wohlhabenderen Familien. Eß-o-Eß hat etwas Anderes beobachtet: „Unsere Klientel ist sozial stark durchmischt. Essstörungen sind eine gesamtgesellschaftliche Erkrankung.“

Christian Dirschauer (SSW) unterstrich die Bedeutung der „Angehörigenarbeit“ und forderte Hilfsangebote auch für Eltern und Geschwister. „Die Familie ist oft Teil des Problems“, erwiderte Clemens Veltrop, Präsident der Psychotherapeutenkammer. Für die Betroffenen sei es meist besser, in eine Wohngruppe umzuziehen. Veltrop wies zudem darauf hin, dass die Magersucht nicht die einzige Form der Essstörung sei: „Die Adipositas wird zu wenig beachtet.“ Essanfälle und Übergewicht könnten auch in jungen Jahren zu Herzinfarkt, Schlaganfällen oder Diabetes führen.

© dpa/Annette Riedl

Kontrolle des Bauchumfangs per Zentimetermaß: Laut Gesundheitsministerium waren im Jahre 2023 insgesamt 17.302 Menschen im Lande wegen einer Essstörung in ambulanter und/oder stationärer Versorgung. 2018 waren es 15.478 gewesen.

Qualzucht: Tiere als Statussymbol – und mit dauerhaften Schmerzen

Durch gezielte Zucht kann ein Haustier ein außergewöhnliches Aussehen erhalten und als exklusives Statussymbol dienen. Doch was einige Tierhalter niedlich finden, wird für die Vierbeiner oft zur Tortur. Denn manche Möpse haben inzwischen so kleine Nasen, dass ihnen das Atmen schwerfällt. Eine zu lange Wirbelsäule verursacht vielen Dackeln permanente Schmerzen. Dalmatiner haben teils so deformierte Augenlider, dass Entzündungen und Erblindung drohen. Bundesgesetzgeber und Verwaltung sollen deswegen schärfer gegen „Qualzucht" vorgehen. Das forderten Mitte August Abgeordnete, Tiermediziner und Verbandsvertreter im Umwelt- und Agrarausschuss. Noch wichtiger sei allerdings ein Bewusstseinswandel bei Tierliebhabern.

„Leider besteht in der breiten Bevölkerung immer noch ein Wissensdefizit und eine große Ignoranz", klagte die Tierärztin Stefanie Schmidtke. Sie sei täglich mit dem Problem konfrontiert, „gequälte Kreaturen behandeln zu müssen", so die Vertreterin des Bundesverbands der praktizierenden Tierärzte. „Die Leute kaufen diese Hunde, weil sie scharf aussehen", so Christoph-Michael Hänel von der Tierärztekammer. Für die Besitzer seien die Tiere so etwas wie eine Luxusuhr von Rolex. „Die Tiere müssen heutzutage den Bedürfnissen des Menschen angepasst sein", hat die Grünen-Abgeordnete Ulrike Täck festgestellt: „Das ist die gesellschaftliche Realität." Ellen Kloth, Landesvorsitzende des Tierschutzbundes, berichtete von Katzen, die ohne Fell zur Welt kommen, von Reptilien ohne Schuppen und Goldfischen ohne Rückenflossen. Ein wesentlicher Grund für den steigenden Bedarf seien Trends in den sozialen Medien. Die SPD-Abgeordnete Sandra Redmann prangerte „mafiöse Strukturen" im Tierhandel an, wo mit Preisen von mehreren tausend Euro für einen Welpen ein großer Gewinn locke.

Klare Rechtslage – unklare Auslegung

Die Experten legten eine Reihe von Gegenmaßnahmen vor, etwa eine erhöhte Hundesteuer und eine Informationskampagne. Tierausstellungen, auf denen Welpen verkauft werden, müssten den Behörden verpflichtend gemeldet werden. Ein Züchterregister könne die Herkunft der Tiere transparent machen. Auch ein Importverbot für bestimmte Arten und eine „Qualzuchtkommission", die regelmäßig entsprechende Merkmale festsetzt, standen auf der Vorschlagsliste. Der SSW-Abgeordnete Michael Schunck schlug vor, „Rassemerkmale, die auf einem Gendefekt basieren", zu verbieten.

Erstellt von: Firn/shutterstock

Im Fokus der Tierschützer: die Französische Bulldogge. Bei diesen Hunden wurde jahrzehntelang die Schnauze immer kürzer gezüchtet. Die Nase ist nun zurückgebildet, und die Tiere bekommen kaum noch Luft.

Im Grundsatz ist die Rechtslage klar: Paragraf 11b des Tierschutzgesetzes verbietet die Zucht von Wirbeltieren, wenn absehbar ist, dass die Nachkommen erblich bedingt leiden. Die konkrete Umsetzung ist jedoch schwierig. Die FDP, die die Anhörung angestoßen hatte, macht sich deswegen dafür stark, „ein bundesweit einheitliches Ausstellungs-, Verkaufs- und Zuchtverbot" zu verankern. Die bestehenden Regeln müssten weiterentwickelt werden, forderte die Abgeordnete Anne Riecke. „Dafür brauchen wir klare Kriterien, wirksame Kontrollen und angemessene Sanktionsmöglichkeiten." CDU und Grüne plädierten ebenfalls für eine Bundesratsinitiative. Der Christdemokrat Sönke Siebke wies zudem auf das Problem hin, einen Überblick über die Anzahl der Hunde in einer Gemeinde zu bekommen. Als Bürgermeister eines kleinen Dorfes habe er dies einmal versucht – und sei an der Verwaltung gescheitert: „Der Datenschutz bietet nicht mal ansatzweise die Möglichkeit, diese Dinge zu erfassen."

„Auch im Stall gibt es Probleme"

Nutztiere im bäuerlichen Stall waren ebenfalls Thema. Georg Thaller, Professor für Tierzucht und Haustiergenetik an der Uni Kiel, sah dort eine andere Lage: „Zucht auf Ästhetik" finde in der Landwirtschaft nicht statt, zudem gebe es „Monitoringsysteme" und Maßnahmen gegen Inzucht. Demgegenüber mahnte Sophie-Madlin Langner von der Tierschutzorganisation PROVIEH erhebliche Nachbesserungen an. Qualzucht führe zu Milchkühen mit Euter-Entzündungen, Legehennen mit Osteoporose sowie Mastschweinen und Masthühnern mit Erkrankungen des Bewegungsapparates und des Herzens. Sie forderte „Gesundheitsparameter": Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Tiere müsse heruntergefahren werden.

Sendet der NDR ausreichend Platt und Friesisch?

Mehr Niederdeutsch, Friesisch und Dänisch in Radio und Fernsehen: Diese Forderung richten Vertreter der Minderheiten im Lande schon seit Langem an den Norddeutschen Rundfunk. Der NDR wiederum sieht sich in diesem Bereich gut aufgestellt. Nun setzen sich SSW und SPD dafür ein, dass Platt-Schnacker, Dänen und Friesen einen gemeinsamen festen Sitz im NDR-Rundfunkrat bekommen sollen. Anfang September im Europaausschuss waren die Meinungen geteilt.

Vorbild für SSW und SPD ist der Mitteldeutsche Rundfunk. Dort gehört schon seit vielen Jahren ein Vertreter der sorbischen Volksgruppe dem Rundfunkrat an. Aktuell ist dies Bernhard Ziesch, der per Video zugeschaltet war. „Den Sorben ist es durch ihre Mitgliedschaft im MDR-Rundfunkrat gelungen, ein breitgefächertes tägliches vierstündiges Hörfunkprogramm, ein monatliches TV-Magazin sowie eine vielschichtige Präsenz von Beiträgen in der Mediathek zu platzieren“, zog er eine Erfolgsbilanz seiner Arbeit. Die etwa 60.000 Sorben, eine slawische Sprachgemeinschaft, leben im Osten Brandenburgs und Sachsens.

Eine derart ausführliche Berichterstattung über die Minderheiten finde im Norden „kaum statt“, monieren SSW und SPD in ihrem Antrag, der Grundlage der Ausschussdebatte war. Das rief Volker Schulz auf den Plan, der die Redaktion „Heimat, Kultur, Sprachen“ im Landesfunkhaus Kiel leitet. Er zählte die Angebote des Senders auf: Im Radio wird einmal die Woche eine Stunde lang „von Binnenland un Waterkant“ berichtet, hinzu kommen alle zwei Wochen ein niederdeutsches Hörspiel sowie Kurzbeiträge wie „Hör mal ‘n beten to“. Im TV gibt es monatlich eine halbe Stunde „De Noorden op Platt“. Einmal wöchentlich sendet die Welle Nord drei Minuten „Frasch for enarken“ („Friesisch für alle“). Hinzu kommen Podcasts auf Platt, Friesisch und Dänisch.

Laut dem Institut für Deutsche Sprache gaben 87 Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein 2016 an, Niederdeutsch zu verstehen. Jedes zweite Nordlicht konnte nach eigener Einschätzung Platt schnacken

Die SSW-Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering forderte Qualität vom NDR: „Wir wollen nicht reduziert werden auf die Verniedlichung unserer Sprache.“ Das Programm müsse das aktuelle Tagesgeschehen abbilden und Nachrichtenbeiträge enthalten. „Wir wollen weg von den Klischees“, betonte NDR-Redakteur Schulz. Eka von Kalben (Grüne) sah einen weiteren Nutzen des Platt- und Friesischprogramms: Es wecke „das Bewusstsein der Mehrheitsbevölkerung“ für die Anliegen der Minderheiten.

Diskussion über Plätze im Rundfunkrat

Kann also ein Sitz im Rundfunkrat den Regionalsprachen weiterhelfen? Birte Pauls (SPD) untermauerte diesen Vorschlag und regte an, einen der beiden Sitze, die nach der Stärke der Parteien im Landtag verteilt werden, an den SSW als Minderheitenvertretung zu geben. Uta Wentzel (CDU) äußerte Sympathie: „Das würde der gesellschaftlichen Vielfalt in Schleswig-Holstein gerecht werden.“ Ihr Fraktionskollege Patrick Pender verwies hingegen darauf, dass die Mitglieder nicht ausschließlich ihre eigene Organisation vertreten sollten: „Man hat nicht nur das eine Thema.“ Das bestätigte der stellvertretende Vorsitzende des Landesrundfunkrats, Gunnar Becker: „Ich bin vom Landesmusikrat entsandt, aber ich bin kein Lobbyist der Musik. Ich bin Vertreter der gesamten Gesellschaft.“

Mehr zum Thema Plattdeutsch auf Seite 24

Der NDR-Rundfunkrat

Im NDR-Rundfunkrat sitzen 58 ehrenamtliche Mitglieder aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Ihre Aufgabe ist es, den Programmauftrag zu überwachen und die Verantwortlichen zu beraten. Schleswig-Holstein entsendet elf Repräsentanten, die laut NDR-Staatsvertrag von gesellschaftlichen Gruppen benannt werden, etwa den Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden. Zwei Posten werden nach Stärke der Parteien im Landtag vergeben. In der laufenden Wahlperiode fallen beide Sitze an die CDU. Diese elf Personen bilden auch den Landesrundfunkrat für Schleswig-Holstein. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre.

38. Treffen im Landeshaus

Altenparlament fordert mehr Hitzeschutz für Senioren

Nach dem Hitzesommer 2026 steht für das Altenparlament fest: Schleswig-Holsteins Städte und Dörfer müssen „klimafest“ werden. Konkret: Die Politik soll den Weg frei machen für mehr Rasenflächen, Dach- und Fassadenbegrünung und die Entsiegelung von Flächen. Wohnquartiere sollen mit Bäumen, Trinkbrunnen und „Frischluftschneisen“ aufgewertet werden. Krankenhäuser und Pflegeheime müssten nachgerüstet werden. „Klimatisierte Räume verhindern Hitzetote“, betonen die rund 80 Teilnehmer aus Sozialverbänden, Seniorenräten, Gewerkschaften und Parteien. Es war die 38. Auflage des Altenparlaments im Landeshaus, diesmal stand das Treffen unter dem Motto „Ohne uns geht nix“.

Das Positionspapier des Altenparlaments ist in diesem Jahr in einem neuen Format entstanden: Anstatt über vorher eingereichte Anträge zu beraten, haben die Teilnehmer ihre Ideen in Workshops zu den Themen „Demokratie stärken und verteidigen“, „Respekt der Generationen“ und „Mein Quartier/Mein Lebensumfeld“ erarbeitet.

Ein weiterer Schwerpunkt der ganztägigen Beratungen war die digitale Sicherheit. „Viele Seniorinnen und Senioren benötigen IT-Unterstützung“, stellt das Altenparlament in seinem Positionspapier fest. Sie bräuchten „Anlaufstellen für digitale Hilfestellung im öffentlichen Raum“, etwa in Bibliotheken oder in Form von „Digi-Bussen“ nach dem Vorbild der Bücherbusse. Telefonanbieter sollen verpflichtet werden, „Fake-Anrufe technisch zu unterbinden“, und ein Innovationswettbewerb wird angeregt, der „Lösungen für vulnerable Gruppen im Digitalbereich“ hervorbringen soll.

Außerdem regt das Altenparlament mehr öffentliche Begegnungsstätten an, um Einsamkeit zurückzudrängen. Eine „Gemeindeschwester plus“ soll „präventive Hausbesuche“ abstatten, und das Land soll „Mehrgenerationentreffs“ organisieren, die gesundheitliche Prophylaxe fördern und „generationsübergreifende Wohnmodelle“ unterstützen. Zudem steht für die Delegierten fest: Schleswig-Holstein braucht einen „Einsamkeitsbeauftragten“. Das Abschlusspapier wird nun den Landtagsfraktionen, der Landesregierung und den schleswig-holsteinischen Bundestags- und Europaabgeordneten vorgelegt.

Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering betonte in ihrem Grußwort, dass ältere Menschen besonders gut mit Veränderungen umgehen könnten: „Wer auf ein langes Leben zurückblickt, bringt etwas mit, das keine Statistik und kein Lehrbuch ersetzen kann: persönliche Erfahrung.“ Senioren hätten bereits erlebt, wie sich die Welt verändert habe, so die Vizepräsidentin, und sie wüssten zugleich, was es bedeutet, wenn politische Entscheidungen im Alltag ankommen: „Diese Perspektive brauchen wir.“

Die diesjährige Präsidentin des Altenparlaments, Dagmar Ungethüm-Ancker vom Landessportverband, verwies darauf, dass eine Million Menschen in Schleswig-Holstein im Seniorenalter seien. Die Über-60-Jährigen seien eine „Stütze des Landes“ und „kein Auslaufmodell“. Deswegen appellierte sie an die Politik: „Wir möchten gehört werden.“ Gleichzeitig forderte sie die älteren Menschen auf, sich einzumischen: „Ein gutes Spiel gewinnt man nicht durch Meckern in der Kabine, sondern durch Einsatz auf dem Platz.“

Die komplette Vorschlagsliste steht im Internet: sh-landtag.de, dann „Landtag erleben“ und „Altenparlament“.

BSPC-Jahreskonferenz in Lübeck: Solidarität verbindet den Ostseeraum

Jugendbeteiligung, demokratische Resilienz und Meeresschutz standen im Mittelpunkt der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) Ende August und Anfang September in Lübeck. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Kristina Herbst waren rund 100 Abgeordnete aus 16 nationalen und regionalen Parlamenten zusammengekommen. Die dreitägige Konferenz bildete den Abschluss der einjährigen schleswig-holsteinischen BSPC-Präsidentschaft.

Ein Schwerpunkt der zwölf Punkte umfassenden Abschlussresolution liegt auf der demokratischen und sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit der Ostseeregion. Die Parlamentarier fordern mehr regionale Zusammenarbeit bei Cyber- und Informationssicherheit, beim Schutz kritischer Infrastruktur und im Umgang mit Desinformation. Auch KI-gestützte Kampagnen sollen stärker gemeinsam in den Blick genommen werden. Die Konferenz bekräftigt die gemeinsamen Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und internationalem Recht und verweist auf die fortdauernden sicherheitspolitischen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Jugendforum setzt eigene Impulse

Ein besonderer Fokus der schleswig-holsteinischen Präsidentschaft war die stärkere Beteiligung junger Menschen unter dem Motto „Youth.Set.Sail." („Die Jugend setzt die Segel"). 49 junge Menschen aus 14 Ländern und Regionen hatten beim Ostsee-Jugendforum (Baltic Sea Parliamentary Youth Forum) in Lübeck eigene Forderungen erarbeitet, mit Abgeordneten diskutiert und ihre Ideen in die Jahreskonferenz eingebracht. „Die jungen Menschen sind hier nicht Dekoration und nicht nur Gäste. Sie sollen Gesprächspartner und Ratgeber der Politik sein", betonte Herbst. Dieser Ansatz spiegelt sich auch in der Resolution wider. Sie setzt weitere Schwerpunkte bei Jugendbeteiligung und Generationendialog, Krisenvorsorge, digitaler Kompetenz und dem Schutz der Ostsee. In dem Papier werden außerdem freiwillige Jugendprogramme zur Krisenvorsorge – etwa regelmäßige Kurse in medizinischer Ersthilfe, Cybersecurity, das Erkennen von Desinformation und zivile Vorsorge – sowie eine engere Einbindung junger Menschen in Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit genannt. Hervorgehoben werden außerdem der HELCOM-Ostseeaktionsplan (Baltic Sea Action Plan), der eine verbesserte internationale Zusammenarbeit für das Ökosystem Ostsee vorsieht. Auch die Verbesserung der Wasserqualität und der marinen Biodiversität sowie ein gemeinsames Monitoring von PFAS, potentiell giftigen und schwer abbaubaren Industriechemikalien, stehen auf der Agenda.

„Wir wollten die parlamentarische Zusammenarbeit im Ostseeraum nicht nur verwalten, sondern sichtbar machen, öffnen und weiterentwickeln", blickte Herbst auf die Initiativen des Schleswig-Holsteinischen Landtags im vergangenen Jahr zurück. „Wir kommen aus unterschiedlichen Ländern und Regionen, bringen unterschiedliche politische Erfah-

rungen und Interessen mit und ringen um gemeinsame Formulierungen. Dass wir am Ende gemeinsam Position beziehen, gibt unserer Zusammenarbeit politische Substanz und Solidarität. Gerade in diesen Zeiten brauchen wir beides." Mit dem erstmals vergebenen BSPC Sports Award setzte die Präsidentschaft einen weiteren Akzent. Der Preis würdigt sportliche Leistungen und die verbindende Kraft des Sports. „Die Ostseekooperation lebt nicht nur von Sitzungen und Resolutionen. Sie lebt von den Begegnungen zwischen Menschen", sagte Herbst. Sport könne über Grenzen, Sprachen und Herkunft hinweg verbinden und damit gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Island übernimmt den Staffelstab

Zum Ende der 35. Jahreskonferenz gab Schleswig-Holstein die BSPC-Präsidentschaft an Island weiter, das auch als Atlantikinsel seit vielen Jahren der Ostseekonferenz angehört. Neue Präsidentin ist die bisherige BSPC-Vizepräsidentin Bryndís Haraldsdóttir, Mitglied des isländischen Althing. Die 36. Konferenz soll vom 29. bis 31. August 2027 in Reykjavík stattfinden. Herbst dankte allen Delegationen und Partnern und kündigte an, Schleswig-Holstein werde sich auch künftig engagiert in die Ostseekooperation einbringen. „Wir haben junge Menschen stärker an den Tisch geholt, mit dem Sport neue Verbindungen zwischen den Menschen im Ostseeraum geschaffen und in politisch schwierigen Zeiten daran gearbeitet, die demokratische Zusammenarbeit und die Widerstandsfähigkeit unserer Region zu stärken", bilanzierte Herbst. „Die Beteiligung junger Menschen, die Sicherheit unserer Gesellschaften, der Schutz unserer Ostsee und der Zusammenhalt unserer Region bleiben gemeinsame Aufgaben."

Ein Element der schleswig-holsteinischen BSPC-Präsidentschaft war eine spezielle Sport-Auszeichnung. Der BSPC Sports Award soll auch in den kommenden Jahren sportliche Exzellenz sichtbar machen, den Austausch innerhalb der Ostseeregion fördern und demokratische Werte wie Respekt, Fair Play und gesellschaftliche Teilhabe stärken, so Landtagspräsidentin Kristina Herbst, die den Preis ins Leben gerufen hat. Ende August bekamen die Surfer Lena Schmäh und Keno Recke, beide aus Kiel, den Preis beim California Windsurf Cup in Pelzerhaken überreicht. Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering (re.) übergab die Plaketten. Bei insgesamt acht Preisverleihungen wurden herausragende Einzel- und Mannschaftsleistungen gewürdigt – jeweils zusätzlich zum eigentlichen Wettbewerbssieg. Neben dem Surf-Event an der Lübecker Bucht waren dies die Ratzeburger Ruderregatta, die ILCA 7 Regatta auf der Kieler Woche, die Flens-Beach-Trophy auf Fehmarn, die Kieler Coastal-Regatta, der OstseeMan-Triathlon in Glücksburg und das DLRG-Förde-Crossing, ebenfalls in Glücksburg.

Gruppenfoto an der Trave: Abgeordnete aus dem Ostseeraum und aus Nordeuropa, Repräsentanten mehrerer internationaler Organisationen sowie Diplomaten und Verwaltungsmitarbeiter fanden sich in Lübeck zusammen. Es war das 35. Treffen der Ostseeparlamentarier seit 1991. In der BSPC sind Abgeordnete aus Deutschland, Polen, Schweden, Norwegen, Finnland, den Ålandinseln, Dänemark, Grönland, den Färöer-Inseln, Island, Estland, Lettland und Litauen vertreten. Aus Deutschland kommen Abgeordnete des Bundestages sowie der Landesparlamente von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Russlands Mitgliedschaft war nach dem Angriff auf die Ukraine 2022 suspendiert worden, das Land erklärte daraufhin seinen Austritt. Norwegen war diesmal wegen des Todes von König Harald V. nicht vertreten.

Mandatsträgerinnenempfang im Landtag

Frauen in der Kommunalpolitik – Medienexpertinnen raten: „Traut euch!“

Kommunalpolitik braucht Sichtbarkeit, und die beginnt mit guter Kommunikation. Beim vierten Mandatsträgerinnenempfang im Landeshaus Ende Juni zeigten die Kommunikationsberaterinnen Julia Naumann und Anabel Bermejo von der Berliner Agentur „better nau“, wie ehrenamtliche Politikerinnen ihre Botschaften klar und verständlich vermitteln und in der Öffentlichkeit souverän auftreten können. Vor der Abendveranstaltung sprach Landtagsvolontärin Lea Becher mit den beiden über erfolgreiche Medienarbeit.

Inzwischen schon eine Veranstaltung mit Tradition: Ende Juni lud Landtagspräsidentin Kristina Herbst (3. v. li.) zum vierten Mal ehrenamtliche Mandatsträgerinnen aus den Kreisen, Städten und Gemeinden des Landes in den Landtag ein – zum Erfahrungsaustausch und zum Gespräch mit weiblichen Abgeordneten wie SPD-Oppositionsführerin Serpil Midyatli (li.). Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung stand die erfolgreiche Kommunikation mit Medien und Öffentlichkeit. Ehrenamtlich aktive Frauen besäßen „Kompetenz, Leidenschaft und den Willen, unsere Heimat voranzubringen“, so Herbst in ihrer Begrüßung. Weibliche Perspektiven und Lebenswirklichkeiten müssten noch stärker in der Kommunalpolitik vertreten sein, so die Landtagspräsidentin.

Warum sind Medienkompetenz und Kommunikation für Kommunalpolitikerinnen wichtig – und welche Rolle spielt dabei das Geschlecht?

Anabel Bermejo: „Kommunalpolitikerinnen sind nah an den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie man kommuniziert, mit Medien spricht und öffentlich auftritt. Oft hat man nur 20 Sekunden, um eine Botschaft zu vermitteln – da darf nichts ablenken, sondern es muss on point sein.“

Julia Naumann: „Wir wollen außerdem Berührungsängste abbauen. Wir waren beide Journalistinnen und Pressesprecherinnen und wissen: Die missglückten Interviews, über die berichtet wird, sind die Ausnahme. Unser Rat lautet: Traut euch, geht raus und macht es einfach.“

Brauchen gerade Frauen Medientraining?

Anabel Bermejo: Von Medientraining profitieren Frauen wie Männer gleichermaßen. Es gibt aber einige Besonderheiten für Frauen. Es ist oft so, dass mehr Männer interviewt werden und häufiger in den Medien vorkommen, weil Frauen – zumindest nach meiner Erfahrung als Journalistin – eher abwinken und sagen: Ach nee, das muss ich nicht machen. Da kann Medientraining helfen.“

Julia Naumann: „Wir erleben bei unseren Kundinnen immer wieder, dass Frauen zögern. Oft wird pseudomäßig noch schnell eine Frau für ein Panel gesucht oder der Moderator wird schlicht durch eine Moderatorin ersetzt, damit nicht nur Männer auf dem Podium sitzen. Frauen sind genauso qualifiziert wie Männer – trotzdem sind Frauen weiter unterrepräsentiert.“

Wie erreichen Kommunalpolitikerinnen die Menschen heute am besten – über klassische Medien oder Social Media?

Julia Naumann: „Zeitungen sind nach wie vor wichtig, auch wenn sie heute oft online gelesen werden. Gleichzeitig gilt für Social Media: Entweder man macht es richtig oder man lässt es. Ab und zu etwas zu posten, bringt wenig. Social Media ist echte Arbeit und nichts, was man nebenbei erledigt.“

Gibt es Anhaltswerte, wie oft man auf den verschiedenen Plattformen posten sollte?

Anabel Bermejo: „Das ist unterschiedlich. Zwei- bis dreimal pro Woche ist ein guter Richtwert. Wichtiger ist aber, dass die Inhalte zum eigenen digitalen Auftritt passen. Man sollte nicht auf Teufel komm raus posten. Wer Spaß daran hat und ein Gespür dafür mitbringt, wird automatisch häufiger aktiv sein.“

Julia Naumann: „Die Herausforderung bei Social Media besteht darin, komplexe Themen verständlich zu erklären. Wer sich intensiv mit einem Thema wie Windkraft beschäftigt, kennt alle Details. Diese so herunterzubrechen, dass sie auch

ein 15-Jähriger versteht, ist die eigentliche Kunst. Das erfordert Zeit und Übung."

Wie gelingt Politikerinnen ein persönlicher, aber nicht privater Auftritt?

Julia Naumann: „Wir geben den Tipp, sich fünf Dinge zu überlegen, die man bereit ist, über sich zu erzählen. Das hört sich zunächst etwas mechanisch an. Aber: Die allermeisten Zuschauerinnen und Zuschauer schauen nicht sieben Sender am Tag oder lesen sieben Zeitungen. Die Politikerin sollte sich Bausteine mit Informationen überlegen, die sie in der Öffentlichkeit preisgeben möchte."

Anabel Bermejo: „Eine typische Frage lautet zum Beispiel: Wie entspannen Sie sich? Oder: Welche Hobbys haben Sie? Dann sollte man etwas mehr sagen als nur ‚Lesen und Kochen'. Man kann es ausführen: Ich habe einen Garten und entspanne beim Marmeladekochen. Oder: Mich beschäftigt Gesundheitspolitik oder Bildungspolitik sehr, aber ich entspanne mit Büchern über archäologische Ausgrabungen. Das ist persönlich, aber nicht privat."

Julia Naumann: „Außerdem sagen wir immer: Ihr müsst nicht jede Frage beantworten. Das gilt nicht nur für Politikerinnen. Man kann Stopp sagen, eine Frage unbeantwortet lassen oder sich Zeit zum Nachdenken nehmen."

Anabel Bermejo: „Wichtig ist zu verstehen: Ein Interview ist ein Interview. Es ist kein nettes Gespräch beim Kaffee, aber auch keine Prüfung. Es erfüllt eine bestimmte Funktion. Wenn man das versteht, dann sagt man nicht aus Versehen etwas, das man später bereut – und sitzt gleichzeitig auch nicht wie das Kaninchen vor der Schlange."

Welche Fehler erleben Sie in Interviews besonders häufig?

Julia Naumann: „Ein häufiger Fehler ist es, negative Fragen mit einer negativen Formulierung zu beantworten. Wenn jemand fragt: Diese Windräder verschandeln doch die Landschaft, oder?, sollte man nicht antworten: Nein, sie verschandeln die Landschaft nicht. Besser ist es,

Anabel Bermejo war vor ihrem Schritt zu „better nau" für die Kommunikation des European Center for Constitutional and Human Rights in Berlin zuständig. Zuvor verantwortete sie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des ARD-Talks von Günther Jauch und war beim Nachrichtensender n-tv tätig.

direkt die eigene Botschaft zu setzen: Windräder sind wichtig für die Energiewende. Sie liefern Strom und sind ein wichtiger Baustein der kommunalen Energieplanung. Man sollte die Begriffe aus der Frage nicht unnötig verstärken, sondern die eigene Botschaft in den Mittelpunkt stellen."

Anabel Bermejo: „Ein weiterer wichtiger Punkt: Heute kann jederzeit jemand mit dem Handy filmen – auf dem Marktplatz, bei einer Bürgersprechstunde oder einem Bürgerdialog. Solche Aufnahmen können sich sehr schnell verbreiten. Was da nicht funktioniert, ist Ironie. Humor ist schwierig, aber Ironie ist fast unmöglich. Das wird sehr, sehr oft falsch verstanden oder missbraucht."

Wie geht man mit Hasskommentaren und geschlechtsspezifischen Angriffen um?

Julia Naumann: „Wenn man einen sachlichen Fehler gemacht hat, sollte man ihn korrigieren und freundlich darauf reagieren. Geht es um größere Vorfälle, bewegt man sich schnell im Bereich der Krisenkommunikation. Dann ist Transparenz wichtig. Salamitaktik hilft in solchen Situationen nicht. Auf jeden Kommentar würde ich allerdings nicht reagieren."

Anabel Bermejo: „Gerade persönliche Angriffe auf Frauen sollte man genau prüfen – insbesondere, wenn sie strafrechtlich relevant sein könnten. Dann sollte man entsprechende Schritte einleiten. Frauen müssen leider oft Dinge aushalten, die weit über Beleidigungen hinausgehen. Häufig sind es Drohungen oder Angriffe weit unter der Gürtellinie."

Welchen Rat geben Sie Frauen, die neu in die Kommunalpolitik einsteigen?

Anabel Bermejo: „Redet über eure Arbeit. Klappern gehört zum Handwerk. Das heißt nicht nur, Erfolge zu teilen, sondern auch den Weg dorthin zu erklären: Warum hat etwas funktioniert? Warum nicht? Mit wem hat die Zusammenarbeit gut geklappt? Wo gab es Widerstände und wie wurden diese überwunden? Wer diese Prozesse transparent macht, nimmt die Bürgerinnen und Bürger mit."

Julia Naumann, Diplompolitologin, war Redakteurin und Hauptstadtkorrespondentin der Nachrichtenagentur AFP in Berlin. Von 2010 bis 2014 war sie Pressesprecherin von Amnesty International in Deutschland, bevor sie bei der PR-Agentur „better nau" einstieg.

Julia Naumann: „Überlegt euch zunächst, für welche Themen ihr wirklich brennt. Es macht wenig Sinn, Finanzpolitik zu machen, wenn euch das eigentlich gar nicht interessiert. Sucht euch ein Thema, das euch bewegt, und entwickelt dafür gute Botschaften. Gleichzeitig solltet ihr auf euch selbst achten: Wie viel Raum soll die Politik in eurem Leben einnehmen? Was ist euer Ziel?"

Anabel Bermejo: „Mit Blick auf Presse- und Medienarbeit sollte man sich bewusst machen: Gute Medienarbeit führt zu mehr Aufmerksamkeit und damit auch zu mehr Anfragen und mehr Interviews. Wer ein gutes Interview gibt, wird im besten Fall für weitere angefragt."

Interview: Lea Becher

Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages 2027

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Fr Neujahr	1 Mo	1 Mo	1 Do	1 Sa Tag der Arbeit	1 Di
2 Sa	2 Di	2 Di	2 Fr	2 So	2 Mi
3 So	3 Mi	3 Mi	3 Sa	3 Mo	3 Do
4 Mo	4 Do	4 Do	4 So	4 Di	4 Fr
5 Di	5 Fr	5 Fr	5 Mo	5 Mi	5 Sa
6 Mi Heil. drei Könige	6 Sa	6 Sa	6 Di	6 Do Christi Himmelfahrt	6 So
7 Do	7 So	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo
8 Fr	8 Mo	8 Mo Internationaler Tag der Frau	8 Do	8 Sa	8 Di
9 Sa	9 Di	9 Di	9 Fr	9 So Europatag	9 Mi
10 So	10 Mi	10 Mi	10 Sa	10 Mo	10 Do
11 Mo	11 Do	11 Do	11 So	11 Di	11 Fr
12 Di	12 Fr	12 Fr	12 Mo	12 Mi	12 Sa
13 Mi	13 Sa	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So
14 Do	14 So	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo
15 Fr	15 Mo	15 Mo	15 Do	15 Sa	15 Di
16 Sa	16 Di	16 Di	16 Fr	16 So Pfingsten	16 Mi
17 So	17 Mi	17 Mi	17 Sa	17 Mo Pfingsten	17 Do
18 Mo	18 Do	18 Do	18 So Landtagswahl	18 Di	18 Fr
19 Di	19 Fr	19 Fr	19 Mo	19 Mi	19 Sa
20 Mi	20 Sa	20 Sa	20 Di	20 Do	20 So
21 Do	21 So	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo
22 Fr	22 Mo	22 Mo	22 Do	22 Sa	22 Di
23 Sa	23 Di	23 Di	23 Fr	23 So Tag des Grundgesetzes	23 Mi
24 So	24 Mi	24 Mi	24 Sa	24 Mo	24 Do
25 Mo	25 Do	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr
26 Di	26 Fr	26 Fr Karfreitag	26 Mo	26 Mi	26 Sa
27 Mi Holocaust-Gedenktag	27 Sa	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So
28 Do	28 So	28 So Ostern	28 Mi	28 Fr	28 Mo
29 Fr		29 Mo Ostern	29 Do	29 Sa	29 Di
30 Sa Wahl des Bundespräs.		30 Di	30 Fr	30 So	30 Mi
31 So		31 Mi		31 Mo	

49. Tagung
50. Tagung
51. Tg.
1.Tg.
2. Tagung
Kieler Woche

Haushalt 2027: der Terminplan

Nach der Ersten Lesung des Landeshaushalts für 2027 in der September-Sitzung steht der Herbst im Zeichen der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen. Der Finanzausschuss behandelt das Zahlenwerk jeweils gemeinsam mit den betroffenen Fachausschüssen. Folgender Ablauf ist vorgesehen:

Mittwoch, 28. Oktober: Finanzausschuss mit Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss
10:00 Uhr: Etat der Staatskanzlei
14:00 Uhr: Etat des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Freitag, 30. Oktober: Finanzausschuss mit Sozialausschuss
10:00 Uhr: Etat des Finanzministeriums
13:00 Uhr: Etat des Ministeriums für Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

Montag, 2. November: Finanzausschuss mit Umwelt- und Agrarausschuss, Europaausschuss sowie Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss
10:00 Uhr: Etat des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz
13:00 Uhr: Etat des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

Donnerstag, 5. November: Finanzausschuss mit Bildungsausschuss
10:00 Uhr Etat des Landtages
10:30 Uhr Etat des Landesrechnungshofs
11:00 Uhr: Etat des Ministeriums für Allgemeine und berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Donnerstag, 19. November: Finanzausschuss
10:00 Uhr: Beratung der Nachschiebeliste der Landesregierung

Donnerstag, 26. November: Finanzausschuss
10:00 Uhr: Vorlage der Fraktionsanträge zum Haushalt

Donnerstag, 3. Dezember: Finanzausschuss
10:00 Uhr: Beschlussfassung über den Haushalt

9. bis 11. Dezember
Zweite Lesung und Schlussabstimmung im Landtagsplenum

Legende:
- Plenum
- Ältestenrat
- Schulferien / Sitzungsfreie Zeit
- Bundesrat

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2
3	3	3	3 Tag der Deutschen Einheit	3	3
4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5 2. Advent
6	6	6	6 5. Tagung	6	6
7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9
10	10	10	10	10	10
11	11	11	11	11	11
12	12	12	12	12	12 3. Advent
13	13	13	13	13	13
14	14	14	14	14 Volkstrauertag	14
15	15	15 4. Tagung	15	15	15 7. Tagung
16	16	16	16	16	16
17	17	17	17	17 Buß- und Bettag	17
18	18	18	18	18 6. Tagung	18
19	19	19	19	19	19 4. Advent
20	20	20	20	20	20
21	21	21	21	21 Totensonntag	21
22	22	22	22	22	22
23	23	23	23	23	23
24	24	24	24	24	24 Heiligabend
25	25 3. Tagung	25	25	25	25 1. Weihnachtstag
26	26	26	26	26	26 2. Weihnachtstag
27	27	27	27	27	27
28	28	28	28	28 1. Advent	28
29	29	29	29	29	29
30	30	30	30	30	30
31	31		31 Reformationstag		31 Silvester

Bis zur Wahl – und danach: der Weg zum neuen Landtag

Am 18. April 2027 stimmt Schleswig-Holstein über die Zusammensetzung des neuen Landtages ab. Es ist die 21. Landtagswahl seit 1947, die Wahlperiode dauert fünf Jahre. Der jetzige 20. Landtag kommt am 24. und 25. März ein letztes Mal zusammen, und Ende März sind auch die letzten Ausschusssitzungen vor der Wahl angesetzt. In der Woche nach dem 18. April treten dann die neu gewählten Fraktionen zum ersten Mal zusammen. 30 Tage nach der Wahl muss das neu gewählte Parlament laut Landesverfassung seine erste Sitzung abhalten. Diese konstituierende Sitzung ist für Dienstag, den 18. Mai geplant. Der Alterspräsident oder die Alterspräsidentin, in Schleswig-Holstein das Mitglied mit der längsten ununterbrochenen Zugehörigkeit zum Landtag, wird diese Sitzung eröffnen, und es stehen die Verpflichtung der Abgeordneten und die Wahl des Landtagspräsidiums an. Ob auch schon eine Regierung ins Amt gebracht wird, hängt vom Verlauf der vermutlich notwendigen Koalitionsverhandlungen ab. Die erste dreitägige Sitzung folgt vom 16. bis 18. Juni. Auch die folgenden Jahre sind im Norden Wahljahre: Im Frühjahr 2028 steht die Kommunalwahl an und 2029 die Bundestags- sowie die Europawahl.

Plakate zur Landtagswahl 2022

Schutzkonzepte für den nächsten Hitzesommer

Rekordtemperaturen an die 40 Grad, auch im ansonsten eher kühlen Schleswig-Holstein: Mit Blick auf den Sommer 2026 fordern die Sozialdemokraten einen Hitzeaktionsplan mit Schutzkonzepten für besonders gefährdete Gruppen. Die Koalition hielt Ende August dagegen: Vieles sei bereits auf den Weg gebracht worden.

Der Schutz der Bevölkerung vor Hitze beschäftigt den Landtag seit Jahren. So pochte die SPD bereits 2023 auf konkrete Maßnahmen, 2024 regte das Parlament einen „Landesaktionsplan Hitze“ an. Bis heute fehle es allerdings an einer Gesamtstrategie, kritisierte Birte Pauls (SPD). Insbesondere Krankenhäuser und Pflegeheime benötigten verbindliche Standards und Unterstützung bei Investitionen. Die Sozialdemokraten sprechen sich in ihrem Antrag dafür aus, gemeinsam mit den Krankenhausträgern den landesweiten Bedarf an Anpassungsmaßnahmen zu ermitteln. Zudem müssten klimaresistente Pflegeeinrichtungen gefördert werden. Weitere Punkte: Trinkwasserspender im öffentlichen Raum, mobile Hilfsangebote und betrieblicher Hitzeschutz. Heiner Garg (FDP) warf der Koalition Versäumnisse vor. So sei der Hitzeschutz noch nicht im Landeskrankenhausgesetz verankert, anders als beim Nachbarn Mecklenburg-Vorpommern. Auch Christian Dirschauer (SSW) bemängelte, dass die bestehenden Angebote nicht ausreichten: „Ob jemand sicher durch eine Hitzewelle kommt, darf weder vom Alter noch vom Geldbeutel oder von der eigenen Wohnsituation abhängen.“

Birte Pauls (SPD): „Am letzten Juni-Wochenende 2026 wurden in Schleswig-Holstein Temperaturen von bis zu 38 Grad gemessen. Etliche Veranstaltungen wie der Spielbetrieb des Schleswig-Holsteinischen Fußballverbandes oder Programmteile der Kieler Woche wurden abgesagt, um Teilnehmende, aber auch Hilfsorganisationen und Ambulanzen, vor Überlastung zu schützen. Und das war richtig so.“

Heiner Garg (FDP): „Meine Eltern, die nach wie vor in Freiburg leben, haben jetzt zehn Wochen hinter sich, in denen es meistens über 40 Grad warm war, um nicht zu sagen: heiß. Meine Mutter hat eine sehr lange Krebsbehandlung erfolgreich überstanden. Ich frage mich jeden Tag aufs Neue, wie sie es ohne klimatisierte Räume durchgehalten hat, bei bis zu 35 Grad die Nacht zu verbringen.“

Kältezonen und „Schwammstädte“

Zahlreiche Maßnahmen seien bereits umgesetzt, andere in Arbeit, erwiderte Hauke Hansen (CDU). Bei einer Aufgabe wie dem Hitzeschutz brauche es allerdings Zeit: „Städtebau, Infrastruktur und Gebäudebestand lassen sich nicht innerhalb weniger Monate verändern.“ Extreme Hitze treffe insbesondere Menschen, die ihr nicht ausweichen könnten, mahnte Jasper Balke (Grüne) – etwa in aufgeheizten Wohnungen und bei körperlicher Arbeit. CDU und Grüne legten ein eigenes Papier vor. Land und Kommunen sollen demnach weitere Kältezonen schaffen und „Schwammstädte“ fördern. Nach diesem Prinzip wird Regenwasser im Boden oder auf begrünten Dächern gespeichert, um bei Hitze kühlend zu wirken. Der Bund soll zudem ein Programm zur Nachrüstung von Pflegeheimen und Kliniken auflegen.

Gesundheitsministerin Kerstin von der Decken (CDU) sprach von einer „Fülle an Maßnahmen“, die die Landesregierung angestoßen habe. Dazu gehörten Informationsangebote, Fördermöglichkeiten für Krankenhäuser und neue Richtlinien für Zuwendungen an Pflegeeinrichtungen. Alle Schritte sollen nun in einem Landesplan Hitzeschutz zusammengeführt werden. Der Sozialausschuss berät das Thema weiter.

Temperaturen und Tote

Der vergangene Sommer war laut dem Deutschen Wetterdienst (DWD) der zweitwärmste, der in Deutschland je gemessen wurde. Das Temperaturmittel lag demnach bei 19,6 Grad. Lediglich der Jahrhundertsommer 2003 sei mit 19,7 Grad noch wärmer gewesen. Im Sommer 2026 lag die Temperatur demzufolge 3,3 Grad über dem Wert der internationalen Referenzperiode 1961 bis 1990. Ohne den Klimawandel wäre „eine Hitzewelle dieses Ausmaßes statistisch unmöglich gewesen“, so der DWD. Schleswig-Holstein war mit einem Durchschnitt von 17,7 Grad das kühlste Bundesland. Nach Schätzung des Robert Koch-Instituts (RKI) sind bis Mitte August etwa 15.800 Menschen durch Hitze gestorben. 9.600 dieser Todesfälle entfielen auf die heißen Tage Ende Juni. Weitere 4.000 Sterbefälle seien auf die hohen Temperaturen in den ersten zwei Augustwochen zurückzuführen. In Schleswig-Holstein registrierte das RKI 70 Hitzetote. Besonders gefährdet waren Patienten in Krankenhäusern, Bewohner von Pflegeheimen, chronisch Kranke, Kinder und Obdachlose.

Drohnen-Vorfall in Leipzig

Landtag fordert Gegenmaßnahmen

Nach dem Drohnenangriff auf den Flughafen Leipzig/Halle Anfang August mahnt der Landtag Konsequenzen für Schleswig-Holstein an. Die Landesregierung soll ein Schutzkonzept für Flughäfen, Häfen, Unternehmen der kritischen Infrastruktur und Anlagen der Energie- und Wasserversorgung schaffen, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von FDP und Schwarz-Grün, der Ende August einstimmig beschlossen wurde. Abgeordnete aller Fraktionen forderten zudem eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bund inklusive Bundespolizei und Bundeswehr.

© dpa/Sebastian Willnow

Flughafen Leipzig/Halle Anfang August: Nach der Entdeckung einer Sprengstoff-Drohne suchen Polizisten das Gelände ab.

In Leipzig/Halle waren mehrere ukrainische Frachtmaschinen mutmaßliches Ziel von teils mit Sprengstoff bestückten Drohnen. Deren Herkunft ist ungeklärt, Ermittler und die Bundesregierung vermuten einen russischen Hintergrund. „Unsere Sicherheit ist durch die hybriden Angriffe auf unser Land zunehmend gefährdet“, stellte FDP-Fraktionschef Christopher Vogt fest.

Innenministerin Magdalena Finke (CDU) sprach von einer „neuen Dimension der Gefahr“. Im Lande habe es im laufenden Jahr bis zum Zeitpunkt der Debatte 34 Drohnensichtungen gegeben, dabei handele es sich jedoch „nicht ausschließlich um illegale Überflüge“. Die Ermittlungen zu diesen Vorfällen seien noch nicht abgeschlossen. Nötig sei „ein bundesweites Lagebild und eine tagesaktuelle Übersicht“. Dies werde zurzeit vorbereitet. Schleswig-Holstein habe mehr als 50 neue Stellen für seine Abwehreinheit geschaffen, die nahezu alle besetzt seien. Sieben Millionen Euro seien in diesem Bereich investiert worden. Finke kündigte an, dass eine Delegation aus dem Land in die ukrainische Partnerregion Cherson reisen werde, um sich dort über die neuesten Entwicklungen zu informieren. Bei diesem Thema gebe es „kein anderes Land, das über mehr Erfahrung verfügt“.

Wolf im Jagdrecht: Schwarz und Grün sind gespalten

Der Bestand des Wolfes im Lande ist stabil, doch die Diskussion um das Raubtier geht weiter. Anlass der erneuten Debatte war Ende August ein Gesetzentwurf, mit dem die Koalitionsfraktionen den Wolf ins schleswig-holsteinische Jagdrecht aufnehmen wollen.

Nachdem die EU den Schutzstatus des Wolfs von „streng geschützt“ auf „geschützt“ abgesenkt hatte, änderte der Bundestag im März das Bundesjagdgesetz. Nun sollen die neuen Vorgaben auf Landesebene umgesetzt werden. Konkret: „Wenn ein Wolf einen funktionierenden Herdenschutz überwunden hat und dies durch einen Sachverständigen festgestellt wurde“, könne „innerhalb von sechs Wochen und in einem Umkreis von 20 Kilometern um das Schadensereignis eine Entnahme möglich werden“, so die CDU-Abgeordnete Rixa Kleinschmit: „Das ist ein entscheidender Fortschritt.“ Das Landwirtschaftsministerium als oberste Jagdbehörde soll eine Liste der bedrohten Weidegebiete erstellen und Managementpläne für das Raubtier festlegen. FDP und SSW begrüßten die Initiative.

„Ich bin damit eher etwas unglücklich“, bekannte dagegen Silke Backsen (Grüne). Die „anlasslose Bejagung von Wölfen“ werde die Risszahlen nicht senken, denn die „Zerstörung der Rudelstrukturen“ könne dazu führen, dass es mehr aggressive Einzeltiere gibt.

Zudem sind Änderungen beim Umgang mit invasiven Arten wie Nutria, Waschbär und Marderhund geplant. Bei den Nagetieren soll der bisherige Schutz von Elterntieren aufgehoben werden. Sandra Redmann (SPD) protestierte: „Elternschutz ist ein Grundprinzip des Jagdrechts.“ Der Umwelt- und Agrarausschuss berät weiter.

Diskuschoon över Plattdüütsch: Wat kann de Politik för de Spraak doon?

Sleswig-Holsteen brukt en nees Gesett, üm de Pleeg vun de plattdüütsche Spraak in de Reeg to bringen. Dat meent tominst de SPD in'n Landdag, un de FDP finnt dat ok. De Soschaldemokraten hebbt in'n August en Andrag schreven un wüllt, dat de Regeren in de Puschen kümmt. Dat Gesett schall verkloren, wo dat Land, de Kreise und de Gemeenden dat Nedderdüütsche vöranbringen köönt. Plattschnackers schüllt ehre Moderspraak ok in de Amtsstuuv schnacken dörven, seggt de SPD. Dat schall ok verklookfidelt warrn, wo de Platt-Ünnerricht in de Scholen un de Kinnergoorns beter lopen schall. Platt schall allgemeen in't apentliche Leven een grötere Rull spelen.

Dat Land hett de Stütt vun de plattdüütsche Spraak al 1990 in sien Verfaten fastschreven. Man liekers is Platt „unter Druck", hett Birte Pauls vun de SPD spitzkregen: „Sprachen müssen gesprochen werden, damit sie weiterleben können." Dorüm röppt se de annern Afgeordneten op: „Lassen Sie uns erneut mutig sein, wenn es darum geht, unsere Sprachenvielfalt zu stärken." Anne Riecke vun de FDP seggt: „Wir unterstützen die Zielsetzung des Antrags." Se süht „Handlungsbedarf", to'n Bispeel bi en zentrale Fraag: Wo vele Lüüd in't Land snackt egentlich Platt? „Die letzte repräsentative Untersuchung zur Verbreitung des Niederdeutschen stammt aus dem Jahr 2016." Dormols hebbt 87 Prozent vun de Lüüd in't Land seggt, dat se Platt verstoon köönt. 50 Prozent seen, dat se Platt ok goot schnacken köönt.

„Wi sünd op en goden Weg"

De CDU und de Grönen meent, dat dat allens nich nood deit, wat de SPD dor will. Dat gifft al een Hupen Gesetten un Verordnungen, seggt se. To'n Bispeel gifft dat de Zentren för Nedderdüütsch in Leck un in Mölln, plattdüütsches Theoter oder dat SASS-Wöörbook in't Internet. De Lüüd vun de Kolalitschon finnt dat goot, wat de Landesregeren so allens maakt. Volker Nielsen vun de CDU meent, dor is „keen Berief för en Extra-Gesetz". Un he kiekt in't Land: „In Kitas un Grundscholen ward sungen, leest un schnackt. Dat Konzept för de plattdütschen Modellschoolen löppt. Ok dat plattdütsche Theoter op Laien- un op Profiniveau is lebennig. De Hochscholen in Kiel un Flensborg leisten ehren Deel." Dirk Kock-Rohwer vun de Grönen finnt ok, dat de Landesregeren „op en goden Weg" is. Aber jeedeen schall sik ok an sien egen Nees faten, seggt he, „un sik truen, dat ene oder annere Mal Platt to schnacken".

4.000 Kinners lehrt Platt in de School

Bildungsministerin Dorit Stenke vun de CDU finnt ok, dat dat keen „Regelungslücke" gifft un dat Sleswig-Holsteen keen Platt-Gesett bruukt. Dat Bildungsministerium hett een langen Bericht schreven un de Aktivitäten vun de Regeren optellt – in de Scholen, in de Kinnergoorns, op de Universitäten, in de Kark un in de Verwalten. Dor steiht to'n Bispeel, dat nu 55 Scholen mit 4.000 Kinners in't Land Platt-Ünnerricht hebbt. Dor is dat Land wiet vörankomen, finnt de Ministerin, denn vor twölf Johren wören dat man blots 27 Scholen.

Jette Waldinger-Thiering vun de SSW föddert mehr Platt ok vun de Politik un in de Verwalten: „Ein Gesetz wird nicht schlechter, weil es auf Niederdeutsch beraten wurde, eine Auskunft nicht unzuverlässiger, weil sie auf Niederdeutsch gegeben wurde und ein Bericht nicht unseriöser, wenn er auf Niederdeutsche geschrieben wurde." In'n Bildungsutschuss geiht de Diskuschoon nu wieder.

Mehr över Plattdüütsch steiht op Siet 15.

Volker Nielsen (CDU): „Uns plattdüütsche Spraak is dör de Europäische Charta schützt un hett den hoogen Verfassungsrang. Landdag und Landesregeren setten siet Johrteinten düssen Verfassungsopdrach üm."

Dirk Kock-Rohwer (Gröne): „In mien Jöögd hebt unsere Öllern mitennanner Platt schnackt, aver mit uns Kinner Hochdüütsch. Hüüt mütt wi dat ümdreihen, um dat Plattdüütsche weer to stärken."

PISA wirft Schatten bis nach Kiel

Die Leistungen deutscher Schüler sind in den vergangenen Jahren eingebrochen. Laut der jüngsten PISA-Studie verfügt ein Drittel der 15-Jährigen nicht über die grundlegenden Kompetenzen in Lesen und Mathematik. Auch Schleswig-Holstein ist von dem Niedergang betroffen. In einer Aktuellen Stunde suchte die Landespolitik Mitte September nach Ursachen. Die Opposition machte Versäumnisse bei der Landesregierung aus, Koalitionsvertreter verwiesen auf negative gesellschaftliche Trends wie eine ausufernde Nutzung digitaler Medien.

Bildungsministerin Dorit Stenke (CDU) betonte, die PISA-Ergebnisse seien „absolut ernstzunehmen“. Immerhin: Deutschland liege weiter leicht über dem EU-Durchschnitt.

Martin Habersaat (SPD) blickte auf Elternhäuser, die „weniger auffangen können als früher“. Die Konsequenz müsse lauten: „Dann müssen unsere Schulen mehr auffangen können.“

Martin Habersaat, dessen **SPD**-Fraktion die Debatte angestoßen hatte, warf Schwarz-Grün vor, trotz steigender Schülerzahlen weniger Lehrer aufzubieten. Er forderte mehr Schulsozialarbeiter, Förderkräfte und Schulpsychologen: „Wer schwächere Elternhäuser beklagt, muss stärkere Schulen schaffen.“

CDU-Fraktionschef Tobias Koch stellte die „stark veränderte Zusammensetzung unserer Schülerschaft“ heraus. So habe sich die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt, auf knapp 20 Prozent. Hinzu kämen „sehr unterschiedliche Voraussetzungen in den Elternhäusern“ und die „Gefahren des modernen Medienkonsums“.

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Lasse Petersdotter Munstermann merkte an, dass die aktuellen PISA-Ergebnisse nicht auf kurzfristige Entscheidungen zurückführen seien. In Schleswig-Holstein seien alle derzeit im Landtag vertretenen Parteien seit 2009 an der Regierung beteiligt gewesen und trügen somit ihren Teil der Verantwortung.

Christopher Vogt (FDP) warf Schwarz-Grün vor, für „immer mehr Unterrichtsausfall“ verantwortlich zu sein. Im laufenden Schuljahr gebe es 3.000 Schüler mehr als im Jahr zuvor und zugleich 130 Lehrkräfte weniger. Vogts Folgerung: „Eine Landeregierung, die den Fehler immer nur bei anderen sucht, braucht kein Mensch.“

Jette Waldinger-Thiering (SSW) hob die Bedeutung der Kitas hervor: „Wir müssen die Eltern in der frühkindlichen Entwicklung bedarfsgerecht begleiten.“ Weitere Punkte seien kleinere Klassen, eine konsequente „Doppelbesetzung“ von Schulklassen mit zwei Lehrkräften, weniger Verwaltungsaufgaben für die Pädagogen und kostenlose Lernmittel.

Bildungsministerin Dorit Stenke (CDU) verwies auf die Folgen der Corona-Pandemie, psychische Belastungen, eine zunehmend heterogene Schülerschaft, eine veränderte Mediennutzung und „ungleiche Lernunterstützung in den Familien“. Die Landesregierung halte dagegen: Mit dem „EVi“-Programm werde die Sprachkompetenz bei Viereinhalbjährigen untersucht, hinzu kämen die Lernstandserhebung „Lea SH“, die Leseförderung mit dem „Leseband“ und mehr Deutsch- und Matheunterricht in den Klassen 1 und 2.

PISA 2025

Das 2001 gestartete PISA steht für „Programme for International Student Assessment“. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) testet alle drei Jahre weltweit 15-Jährige auf Lese- und Rechenfähigkeiten sowie ihr Wissen in den Naturwissenschaften. 2025 haben die teilnehmenden Jugendlichen in Deutschland „die niedrigsten Kompetenzwerte seit Beginn der PISA-Erhebungen erzielt“. Der Anteil der besonders leistungsstarken Schüler beläuft sich demnach in der Bundesrepublik auf 14 Prozent. Dagegen liegt der Anteil der besonders leistungsschwachen Schüler bei fast 21 Prozent. Aus Schleswig-Holstein hatten neun Schulen teilgenommen, sie landeten im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld. Die besten Ergebnisse erzielten China, Singapur, Japan und Taiwan. In Europa lagen Estland, die Schweiz, Irland und Polen vorne.

Fortpflanzung: Medizinische Entwicklung wirft rechtliche Fragen auf

Bei der Fortpflanzungsmedizin trifft ein rasanter wissenschaftlicher Fortschritt auf teils jahrzehntealte rechtliche Bestimmungen. Vor diesem Hintergrund hat die FDP im September eine Modernisierung der Paragrafen gefordert. „Nicht alles, was medizinisch möglich ist, muss auch erlaubt sein“, so der Abgeordnete Heiner Garg. „Aber ebenso wenig muss alles verboten bleiben, nur weil es einmal verboten wurde.“

Konkret will die FDP die „altruistische Leihmutterschaft“ ermöglichen. Dabei trägt eine Frau ein Kind für andere Personen aus und überlässt es ihnen nach der Geburt. Garg wandte sich aber klar gegen eine kommerzielle Leihmutterschaft: „Wir wollen keinen Markt für Schwangerschaften.“ Zudem forderte der Liberale einen „rechtssicheren gesetzlichen Rahmen für die Embryonenspende“, bei der ein Paar befruchtete Eizellen an ein anderes Paar weitergibt. Und: Kinderwunschbehandlungen sollen nach Willen der FDP grundsätzlich finanziell gefördert werden, unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung. Aktuell übernehmen die Krankenkassen die Hälfte der Kosten, allerdings nur bei verheirateten heterosexuellen Paaren, wobei die Frau zwischen 25 und 40 Jahre alt sein muss. Die Zahl der Versuche ist begrenzt.

Birte Glißmann (CDU) stellte klar: Nur weil etwas rechtlich möglich sei, bedeute das nicht, „dass wir es politisch und gesellschaftlich tragen und durchsetzen können und müssen“. Jasper Balke (Grüne) unterstützte eine Reform der Kinderwunschbehandlung: „Die Erfüllung eines Kinderwunsches darf nicht davon abhängig sein, ob Menschen verheiratet sind und wen sie lieben.“ Jette Waldinger-Thiering (SSW) hielt das Verbot der Eizellenspende und auch der Leihmutterschaft nach wie vor für richtig.

Das Thema ist in den vergangenen Monaten in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert worden. Anlass war der Fall des damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn. Im Juli hatte Spahn publik gemacht, dass er und sein Mann mit Hilfe einer Leihmutter in den USA ein Kind bekommen haben. Eine solche Elternschaft wäre in Deutschland nicht möglich gewesen. Dieses Vorgehen löste Unmut aus, Spahn trat daraufhin zurück. Sophia Schiebe (SPD) kritisierte im Landtag die „soziale Ungleichheit“ der jetzigen Situation: „Wer über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, kann ins Ausland gehen. Andere können das nicht.“ Der Sozialausschuss berät das Thema weiter.

© dpa/Patrick Pleul

Schwangerschaft bedeutet für viele Menschen die Erfüllung eines Wunsches. Aber in Deutschland ist jede beziehungsweise jeder Zehnte im Alter zwischen 20 und 50 Jahren ungewollt kinderlos. Das geht aus einer Studie des Bundesfamilienministeriums aus dem Jahr 2020 hervor. Die Medizin verspricht Abhilfe, aber es gibt rechtliche und ethische Bedenken.

Der Weg ist frei für Alkoholverbote

Schleswig-Holsteins Kommunen können künftig selbstständig Alkoholverbotszonen einrichten. Eine entsprechende Änderung des Landesverwaltungsgesetzes hat der Landtag Mitte September mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP verabschiedet.

Es gehe um Orte, an denen wegen übermäßigen Alkoholkonsums regelmäßig Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten begangen werden, sagte Innenministerin Magdalena Finke (CDU). Viele Menschen und insbesondere Frauen hätten ein Gefühl der Unsicherheit auf einem Bahnhofsvorplatz oder nachts auf dem Heimweg, so die Ministerin. Erforderlich seien „klare gefahrenabwehrrechtliche Voraussetzungen“, die spätestens alle zwei Jahre überprüft werden müssen. Die Kommunen sollten „verantwortungsvoll und mit Augenmaß“ vorgehen und auch die „sozialen Aspekte“ berücksichtigen, sagte Finke.

Die SPD enthielt sich, der SSW stimmte dagegen. Verdrängung durch Verbote sei keine Lösung, so die Abgeordnete Sybilla Nitsch. Dies führe „zu einer Stigmatisierung und Ausgrenzung von verschiedenen vulnerablen Gruppen“, etwa von wohnungslosen und suchtkranken Menschen. Sie befürchtete Einschränkungen bei den Hilfsangeboten, „da erstmal unklar ist, wo sich diese Menschen nun fortan aufhalten“.

Noch mehr Kinder sollen Schwimmen lernen

Schleswig-Holstein hat viele Strände an der Nordsee und der Ostsee. Und es gibt auch viele Seen. Deswegen ist es wichtig dass alle Kinder Schwimmen lernen. Darüber sind sich die Leute im Land-Tag einig. Aber es gibt auch Kinder in Schleswig-Holstein die keinen Schwimm-Unterricht bekommen.

Dorit Stenke ist die Bildungs-Ministerin von Schleswig-Holstein. Sie sagt: Die Landes-Regierung tut viel damit noch mehr Kinder Schwimmen lernen. Es gibt jetzt mehr Schwimm-Lehrer als früher. Und es gibt mehr Geld für Schwimm-Bäder. In Schleswig-Holstein können deswegen mehr Kinder schwimmen als in anderen Teilen von Deutschland.

Martin Balasus ist von der CDU. Er sagt: Es ist gut was die Landes-Regierung macht. Alle Sport-Lehrer können auch als Schwimm-Lehrer arbeiten. Nur wenige Schulen haben keinen Schwimm-Unterricht.

Malte Krüger ist von den Grünen. Er sagt: Es gab Probleme mit dem Schwimm-Unterricht während der **Corona-Pandemie**. Die Kinder mussten zu Hause bleiben und konnten nicht in die Schule und in die Schwimm-Halle gehen. In-zwischen lernen aber mehr Kinder Schwimmen als vor der Pandemie.

Annabell Krämer ist von der FDP. Sie sagt: Mit zwölf Jahren sollen alle Kinder das **Bronze-Abzeichen** haben. Das bedeutet dass sie gut schwimmen können. Es gibt aber zu viele Kinder die das nicht können. Und die Landes-Regierung tut zu wenig um das zu ändern.

Kianusch Stender ist von der SPD. Er sagt: Es gibt beim Schwimmen einen Unterschied zwischen Arm und Reich. Kinder mit reichen Eltern können besser schwimmen als Kinder mit armen Eltern. Das ist ein großes Problem.

Jette Waldinger-Thiering ist vom SSW. Sie sagt: Schwimmen ist gut für den ganzen Körper. Das gilt nicht nur für Kinder sondern auch für alte Menschen. Deswegen muss die Landes-Regierung noch mehr für das Schwimmen tun.

Kinder lernen Schwimmen in einem Schwimm-Bad.
Sie werden von langen Schwimm-Rollen über Wasser gehalten.

Erklärungen

Corona-Pandemie: Corona ist eine schwere Krankheit. Sie wird auch Covid genannt und ist sehr ansteckend. Pandemie bedeutet dass die Krankheit auf der ganzen Welt verbreitet war. Die Corona-Pandemie begann vor sieben Jahren. Damals mussten die Menschen lange zu Hause bleiben um sich nicht anzustecken.

Bronze-Abzeichen: Kinder bekommen das Bronze-Abzeichen wenn sie eine Schwimm-Prüfung machen. Sie müssen ins Wasser springen, 15 Minuten schwimmen und tauchen können.

Vor 63 Jahren

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Jahrzehnten beschäftigt hat. Eine Debatte zur NS-Vergangenheit verlief konstruktiv und offen – anders als in vorherigen Fällen. Die Kontroverse ging dennoch jahrelang weiter.

1963: Jochen Steffen, Hartwig Schlegelberger und „der unheilvolle Zustand des Rechts“ im Zweiten Weltkrieg

Blau-weiß-rot – und auch braun? In den späten 1950er Jahren erschüttern mehrere Fälle von einstigen Nazis, die nach dem Krieg Karriere machen, die Landespolitik. So praktiziert der Arzt Werner Heyde, dem eine entscheidende Rolle bei der Ermordung zehntausender behinderter Menschen in der NS-Zeit vorgeworfen wird und der steckbrieflich gesucht wird, unter dem Namen Fritz Sawade in Flensburg und fungiert als Gutachter für staatliche Stellen. Der ehemalige SS-General Heinz Reinefarth, der bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes 1944 die Erschießung tausender polnischer Zivilisten angeordnet hat, wird Bürgermeister von Westerland auf Sylt und zieht 1958 für den BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) in den Landtag ein. In beiden Fällen ermittelt die Justiz, zu einer Verurteilung kommt es nicht, und die Betroffenen schweigen. Heyde nimmt sich 1964 in der Untersuchungshaft das Leben, Reinefarth verbringt seinen Lebensabend auf Sylt und stirbt 1979.

Hartwig Schlegelberger (1913 – 1997). Der aus Berlin stammende Jurist war ab 1942 als Oberstabsrichter tätig, zum Kriegsende kam er mit der letzten Reichsregierung unter Admiral Karl Dönitz nach Flensburg. Dort trat er nach dem Krieg in den Öffentlichen Dienst ein und wurde 1954 Landrat des Kreises Flensburg. Ab 1958 gehörte er dem Landtag an, von 1961 bis 1963 war er Finanzminister und anschließend bis 1971 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident. Danach war Schlegelberger bis zu seinem Ausscheiden aus dem Landtag im Jahr 1975 Landtagsvizepräsident. Auch anschließend war er in öffentlichen Ämtern aktiv.

Jochen Steffen (1922 – 1987). Der Politikwissenschaftler und Redakteur aus Kiel wurde 1954 Landesvorsitzender der Jungsozialisten, von 1956 bis 1975 war er Vorsitzender des SPD-Landesverbandes und ab 1968 auch Mitglied des Bundesvorstandes. Dem Landtag gehörte Steffen von 1958 bis 1977 an, von 1966 bis 1973 war er Fraktionsvorsitzender. 1977 schied er aus dem Landtag und auch aus dem Bundesvorstand aus, 1980 folgte der Parteiaustritt – der „rote Jochen“ war mit dem moderaten Kurs der Sozialdemokraten unzufrieden. Steffen konzentrierte sich auf kabarettistische Auftritte unter dem Künstlernamen „Kuddl Schnööf“, was ihm den Deutschen Kleinkunstpreis einbrachte.

Ein weiteres Kapitel in dieser Reihe verbindet sich mit dem Namen Hartwig Schlegelberger. Der Jurist sitzt ab 1958 für die CDU im Landtag. 1961 wird er Finanzminister, 1963 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident. Anfang 1963 geht bei der Staatsanwaltschaft Kiel die Anzeige eines Göttinger Rechtsanwalts wegen versuchten Mordes ein: Schlegelberger sei zwischen 1943 und 1945 als Marinerichter am Kriegsgericht Berlin an Todesurteilen wegen „Fahnenflucht“ und „Wehrkraftzersetzung“ beteiligt gewesen, und er habe im Zuchthaus Brandenburg-Görden zwei Hinrichtungen geleitet. Der Unterschied zu den vorherigen Fällen: Schlegelberger stellt sich der öffentlichen Debatte. In einem Wortwechsel mit dem SPD-Politiker Jochen Steffen, teils schriftlich und teils vor NDR-Fernsehkameras ausgetragen, bemühen sich die Beteiligten um Aufklärung und Einordnung. Der Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung, Ernst Hessenauer, ist von dem Austausch der beiden sehr unterschiedlichen Politiker beeindruckt. Er veröffentlicht den Wortlaut der Diskussion in einer Broschüre unter dem Titel „Politischer Stil in einem Streitfall“. Der „als wohltuend empfundene“ Ton der Auseinandersetzung könne „auch zur Schlichtung anderer Streitfälle in unserem Volk beispielhaft sein“, so Hessenauer. Schlegelberger bleibt bei zentralen Punkten vage und erntet dennoch den Respekt des politischen Gegners.

Die Debatte ist damit nicht beendet, das Thema begleitet Schlegelberger bis zu seinem Lebensende. Der Fall bleibt auch deswegen im Blick der Öffentlichkeit, weil er grundsätzliche Aspekte von Justiz und Gerechtigkeit berührt.

„Offener Brief" an den Minister

Steffen beginnt die Kontroverse am 9. Mai 1963 mit einem „Offenen Brief an Minister Schlegelberger", der in der „Kieler Volkszeitung" erscheint. Der SPD-Abgeordnete aus der Landeshauptstadt ist Redakteur des sozialdemokratischen Blattes. Seine Forderung: Schlegelberger soll reinen Tisch machen und seine Urteile erklären: „Ich bitte Sie, von sich aus den unheilvollen Zustand des ‚Rechts' von damals darzulegen." Die Öffentlichkeit müsse erfahren, „in welch einer Mühle sich der denkende Mensch mit Gewissen damals befand, der ‚Recht' sprechen sollte" - in einer Zeit, in der „der Terror justizi-abel" gewesen sei. „Sie haben bereits bewiesen", fährt Steffen fort, „daß Sie den Verstand und das Gefühl dafür haben, welche Bedeutung für unser Leben die Fragen aus der Zeit von damals haben. Antworten Sie, Sie haben doch die Intelligenz und das vom Gewissen geschärfte Einsichtsvermögen, machen Sie sich doch, bitte, frei von den regierungsoffiziellen, ‚taktischen' Eierschalen!" Das politische Klima bedürfe einer klaren Aussage, „nicht zuletzt in unserem Lande". Wenn endlich einer sage, wie es war, „dann wird dieser Fall schon dadurch aus der endlosen Reihe herausgehoben, weil er endlich aus dem Erleiden der Vergangenheit herausträte, weil hier wirklich durch einen verantwortlich denkenden Menschen ‚bewältigt' würde".

Am 25. Mai antwortet Schlegelberger, ebenfalls in der „Volkszeitung". Seine Einstellung zum Hitler-Regime sei „von vornherein ablehnend" gewesen, betont er. Der spätere Minister war kein Mitglied der NSDAP, gehörte aber der SA und dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) an. Er habe „als junger knapp 30jähriger Mann" geglaubt, „der Staat als solcher würde mit dem System fertig werden, es käme also darauf an, das Staatliche zu stärken", so Schlegelberger. Dass dies ein Irrtum gewesen sei, „daß Staat und Partei überhaupt nicht mehr von einander zu trennen waren, daß der politische ‚Befall' tödlich war, wissen wir heute, damals ahnten es nur wenige". Seine Schlussfolgerung: Der Staat könne „zum kältesten aller Ungeheuer" werden, „wenn er nicht humanisiert, oder wie wir heute sagen, demokratisiert wird". Seine Tätigkeit als Marinerichter beschreibt Schlegelberger eher allgemein: „Es gab dann die große Fülle der anderen Straftaten vom Diebstahl bis zum Meineid, und es gab schließlich die schwierigen Verfahren der Zersetzung der Wehrkraft. Wenn ich sage, daß ich — und ich weiß, viele andere Richter waren darum auch bemüht — diese Fälle auf ein Minimum in der Zahl und auf ein vertretbares und noch realisierbares Strafmaß zu beschränken versuchte, dann tue ich das nicht, um mich besonders hervorzuheben."

Die Titelseite der Broschüre des Landesbeauftragten für staatsbürgerliche Bildung aus dem Jahr 1963

Harmonie im NDR-Studio

Am 7. Juni lädt der Norddeutsche Rundfunk Schlegelberger, Steffen und Hessenauer ins Funkhaus Hamburg zu einem Fernsehgespräch, das in der „Nordschau" ausgestrahlt wird. Auch dort ist der Ton höflich – und auch dort spielt Schlegelbergers persönliche Verantwortung nur eine Nebenrolle. Dabei bemüht sich NDR-Redakteur Karl-Heinz Rücke, den Finger in die Wunde zu legen. Er bezeichnet Schleswig-Holstein als „Sammelbecken nazistischer Kräfte" und wirft die Frage auf, ob jemand mit „verantwortlicher Stellung im NS-Staat" Landesminister in der Bundesrepublik sein könne: „Müssen wir solche Menschen heute grundsätzlich und sozusagen unbesehen ablehnen?" Schlegelberger reagiert erneut ausweichend. Er frage sich: „Bist Du selbst eigentlich in der Lage, auch wenn Du entnazifiziert bist, Persilschein hast, ja, bin ich eigentlich in der Lage, heute vor mir selbst glaubwürdig zu sein?" Das sei „ein Problem, das sich wirklich sehr ernsthaft stellt". Steffen zieht den Vergleich zur Reinefarth-Affäre und sieht im Fall Schlegelberger „eine eindeutig andere Ebene". Und Hessenauer nennt den Ex-Richter einen „mit dem Regime nicht sympathisierenden redlichen Mann". Es sei Schlegelbergers Verdienst, deutlich gemacht zu haben, „daß es eben keine wertneutrale Staatsauffassung gibt für den Beamten, sondern daß er sich auch Gedanken darüber machen muß, wo das Fundament dieses Staates ist?" Entscheidend sei: „Haben wir also einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat oder haben wir einen totalitären, der Recht und Freiheit einfach überrollt und unmöglich macht?" Zum Schluss der Sendung nennt Rücke den Fall Schlegelberger „ein Beispiel dafür, daß wir unsere viel zitierte Vergangenheit auch gerade dann bewältigen können, wenn wir nicht das Vertrauen in staatliche Instanzen zerstören." Mit Rückes Hoffnung, „daß unser Gespräch in diesem Sinne fruchtbar war", endet die NDR-Sendung und auch die Broschüre zum „Politischen Stil in einem Streitfall".

Die Schatten reichen bis 1995

Die Kieler Staatsanwaltschaft leitet 1963 keine Ermittlungen gegen Schlegelberger ein, und in der Landesregierung erfährt er Unterstützung. Er lässt sein Amt zwischenzeitlich ruhen, und die Staatskanzlei prüft die Akten seiner Marinerichtertätigkeit. Ministerpräsident Helmut Lemke (CDU) gibt schließlich eine Ehrenerklärung für seinen Innenminister ab und behält ihn bis 1971 im Kabinett. Ähnlich verfährt der Regierungschef im Fall von Justizminister Bernhard Leverenz (FDP), der ebenfalls im Krieg als Marinerichter an Todesurteilen mitgewirkt hat. Lemke selbst war NSDAP-Mitglied und ab 1933 Bürgermeister von Eckernförde sowie von 1937 bis 1945 Bürgermeister von Schleswig.

Als Schlegelberger 1975 aus dem Landtag ausscheidet, bleibt er in zahlreichen Ämtern öffentlich präsent. So ist er Vorstandsvorsitzender der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Vorsitzender des Deutschen Grenzvereins und Präsident des Landesverbands des Deutschen Roten Kreuzes. Später wird er DRK-Bundesvize und Präsident des DRK Berlin. Er erhält das Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband. 1989 wird seine Vergangenheit erneut zum Thema. Es tauchen weitere Verfahrensdokumente auf, die nahelegen, dass er als Ankläger Todesstrafen gefordert und auch erzielt hat. Der Kieler Oberstaatsanwalt prüft die strafrechtliche Relevanz und verneint sie auch dieses Mal. Die Anklagebehörde sieht die Todesstrafen, an denen Schlegelberger beteiligt war, als durch die „damals geltende Rechtsordnung gedeckt“ an, eine „Rechtsbeugung“ habe also nicht vorgelegen. Dabei gehe es nicht um „moralisch-ethische Bewertungen“, betont der Staatsanwalt. Schlegelberger sucht erneut den Dialog und stellt sich im Juni 1989 einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“. Er verweist auf die Prüfung seiner Akten in den 1960er Jahren durch die Staatskanzlei und darauf, dass er insbesondere als Anklagevertreter an die damalige Gesetzeslage gebunden gewesen sei, auch wenn, von später her betrachtet, Gesetz nicht gleich Recht gewesen sei. Zu Schlegelbergers Rückzug aus seinen Ehrenämtern führt schließlich die dritte Thematisierung seiner Tätigkeit als Marinerichter im Jahr 1995. Diesmal ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft.

1997 stirbt Schlegelberger. In einem ganzseitigen Nachruf in der Landtagszeitschrift wird seine Richtertätigkeit nur am Rande erwähnt. Die 2016 erschienene Studie zur „geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuitäten nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive“ klassifiziert ihn als „exponiert nationalsozialistisch“ und „Verfolgungsakteur“. Sein Umgang mit seiner Vergangenheit entbehre aber nicht „eines gewissen tragischen Moments“, denn er gehöre zu denjenigen, die sich „vergleichsweise offen zum Dialog“ gezeigt und „die Fähigkeit zur selbstkritischen Distanz“ dokumentiert hätten.

Die Ausstellung „Was damals Recht war … “ zur NS-Militärjustiz lockte Anfang 2009 mehr als 5.000 Besucher in den Landtag.

„Was damals Recht war …“

Die Debatte über die Rolle der Militärjustiz im „Dritten Reich“, die Schlegelberger mit angestoßen hat, beschäftigt die Bundesrepublik über Jahrzehnte. 1978 tritt der baden-württembergische Ministerpräsident und frühere Marinerichter Karl Filbinger (CDU) von seinem Amt zurück, nachdem ihm ebenfalls die Beteiligung an Todesurteilen vorgeworfen wurde. Filbinger weist die Anschuldigungen mit dem Satz „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“ zurück. Diese Aussage prägt den Titel einer Wanderausstellung, die 2009 auch im Kieler Landtag zu Gast ist. Rund 5.000 Besucher setzen sich innerhalb von vier Wochen mit der Ausstellung „Was damals Recht war … “ auseinander, die die „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ konzipiert hat. Der Dresdener Historiker Norbert Haase thematisiert in einem Vortrag den Kampf der Opfer um Anerkennung. Noch in den 1960er Jahren spricht der Bundesgerichtshof Verurteilten, die wegen „Wehrkraftzersetzung“ oder Kriegsdienstverweigerung vor Gericht standen, das Recht zum Widerstand ab. Erst 2002 hebt der Bundestag die Unrechtsurteile der Wehrmachtsjustiz auf. „Eine demokratische Gedenkkultur, die den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit verpflichtet ist, muss mit der gesellschaftlichen Stigmatisierung der Opfer der NS-Militärjustiz brechen“, fordert Haase. Das Rechtssystem der Bundesrepublik ziehe an vielen Stellen Lehren aus den Unrechtsurteilen, so der Historiker. So gibt es im heutigen Deutschland keine eigenständige Militärgerichtsbarkeit mehr, und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist grundgesetzlich verbürgt.

Karsten Blaas

Mehr zum Fall Reinefarth und zur Studie über die Vergangenheit von Landtagsabgeordneten: Landtagszeitschrift 02/2016

Mehr zum Fall Heyde/Sawade: Landtagszeitschrift 01/2018

Zum 80. Landesjubiläum

Wie alt ist Schleswig-Holstein wirklich?

Schleswig-Holstein hat im August 2026 seinen 80. Geburtstag als Bundesland gefeiert, mit zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Land. Doch Deutschlands Norden hat noch viel mehr gemeinsame Jahre auf dem Buckel und ist deutlich älter als andere „Bindestrich-Bundesländer". Historiker aus dem Bereich „Wissensmanagement, Reden, Parlamentsgeschichte" der Landtagsverwaltung fassen die Vorgeschichte bis zum Jahr 1946 zusammen.

Das Land zwischen Nord- und Ostsee ist seit der letzten Eiszeit vor etwa 5.000 Jahren besiedelt. Im Mittelalter lebten Dänen und Jüten im Norden des heutigen Schleswig-Holsteins, Sachsen im Süden, Friesen im Nordwesten und slawische Abodriten im Südosten. Holstein war ein Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Schleswig gehörte zum dänischen Reich. Eine erste politische Verbindung der beiden Landesteile reicht exakt 700 Jahre zurück. Im August 1326 erhielt Gerhard III., Graf von Holstein-Rendsburg, das Herzogtum Schleswig als Lehen vom dänischen König. Das Gebiet blieb formal an die dänische Krone gebunden, wurde aber von den Schauenburgern regiert. Als das Herrschergeschlecht ausstarb, wählte der schleswig-holsteinische Adel den dänischen König zum Landesherrn. Der Vertrag von Ripen bestimmte 1460, dass die beiden Landesteile „bliven ewich tosamende ungedelt".

Das „auf ewig ungeteilte" Land wurde dennoch wegen zahlreicher Erbteilungen zum Flickenteppich. Zwischenzeitlich regierten die Herzöge von Schleswig-Holstein-Gottorf ihre Landesteile als souveräne Herrscher. 1773 begradigte der Vertrag von Zarskoje Selo die Landkarte, und die Herzogtümer Schleswig und Holstein wurden Teil des dänischen Gesamtstaates. In den Jahrzehnten nach dem Wiener Kongress 1815 wurde die nationale Zugehörigkeit des Herzogtums Schleswig zum Streitpunkt zwischen dänisch und deutsch Gesinnten. Die „Schleswig-Holsteinische Erhebung" von 1848 bis 1851 brachte zwischenzeitlich einen schleswig-holsteinischen Staat mit eigener Verfassung und Parlament – der jedoch nach Intervention der europäischen Großmächte weichen musste. Der weiter schwelende nationale Konflikt führte zum Deutsch-Dänischen Krieg 1864. Die Siegermächte Preußen und Österreich verwalteten das Land zunächst gemeinsam.

Nach dem Deutschen Krieg 1866 wurde das gesamte Land zur preußischen Provinz, ab 1871 als Teil des zweiten deutschen Kaiserreichs. Nach dem Ersten Weltkrieg ergab eine Volksabstimmung im Jahr 1920, dass das nördliche Schleswig an Dänemark fiel. Im „Groß-Hamburg-Gesetz" von 1937 erhielt das Land seine heutige Gestalt: Lübeck und Eutin kamen dazu, die bis dahin holsteinischen Städte Altona und Wandsbek wurden Hamburger Stadtteile. Mit der Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung vom 23. August 1946 („Betreffend die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der Britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder") erhielt das Bundesland Schleswig-Holstein seine rechtliche Grundlage und ist seit 1949 Teil der Bundesrepublik Deutschland.

Die Ripener Urkunde aus dem Jahr 1460 wird im Landesarchiv in Schleswig aufbewahrt. Sie enthält den berühmten Halbsatz „unde dat se bliven ewich tosamende ungedelt". Der Vertrag sicherte den Adligen der Herzogtümer Schleswig und Holstein die Selbstständigkeit gegenüber dem Königreich Dänemark sowie die Zusammengehörigkeit der beiden Länder zu. Die Variante „op ewig ungedeelt" ist bis heute das Motto Schleswig-Holsteins. (Die Markierung wurde zur Veranschaulichung eingefügt.)

Zum 80. Landesjubiläum

Ein Gesetz färbt den Norden blau-weiß-rot – und regelt die Zacken im Wappen

Das Bundesland Schleswig-Holstein hat im August seinen 80. Geburtstag gefeiert, und die Festdekoration war blau-weiß-rot. Die traditionellen Landesfarben und auch das Wappen mit Löwen und Nesselblatt gibt es seit Jahrhunderten. Aber erst ein Beschluss des Landtages im Jahr 1957 machte sie zu offiziellen Hoheitszeichen. Zuvor war Blau-Weiß-Rot lange offiziell verpönt.

Seit 1946 besteht das Land Schleswig-Holstein, ab 1949 hatte es eine Landessatzung, aber darin fanden sich keine Bestimmungen über das Landeswappen oder die Landesflagge. Es gab zunächst lediglich ein „vorläufiges Gesetz zur Regelung des öffentlichen Flaggens“, in dem die Farben der gerade gegründeten Bundesrepublik im Vordergrund standen: „Bei öffentlicher Beflaggung haben alle Dienststellen des Landes (…) die Bundesflagge Schwarz-Rot-Gold zu setzen. Daneben können auch die überlieferten blau-weiß-roten Farben Schleswig-Holsteins gesetzt werden.“ Wie dies konkret zu geschehen hatte, regelte die Landesregierung mit Erlassen, etwa zur „farbigen Ausgestaltung“, zur „Form des Amtsschilds“ und zur „Flaggenführung an den Dienstkraftfahrzeugen“.

„Schreitende Löwen“ wandern ins Archiv

Eine präzise gesetzliche Grundlage für Blau-Weiß-Rot und das Wappen fehlte jedoch. Das änderte sich im Januar 1957, als der Landtag das „Gesetz über die Hoheitszeichen des Landes Schleswig-Holstein“ einstimmig verabschiedete. Seitdem steht fest: „Das Landeswappen zeigt in gespaltenem Schild rechts auf goldenem Grund zwei blaue, nach innen gewandte, rot bewehrte, schreitende Löwen, links in rot ein silbernes Nesselblatt.“ In der Heraldik bedeutet rechts: für den Betrachter links. Und weiter: „Die Landesfarben sind blau-weiß-rot. Die Landesflagge zeigt die Landesfarben von oben nach unten in drei gleichbreiten Querstreifen. Die Höhe der Landesflagge verhält sich zu ihrer Länge wie 3:5.“ Die blau-weiß-rote „Dienstflagge“, auch das wird klargestellt, enthält das Wappen in der Mitte der Trikolore. Der Gesetzentwurf lieferte zudem eine grafische Vorlage, wie Flagge und Wappen genau auszusehen hatten: „Die Urmuster werden in je einer Ausfertigung im Landesarchiv aufbewahrt.“ Damit endete für Schleswig-Holstein ein langer Flaggenstreit mit verschiedenen Mächten: den Dänen, den Preußen und den Briten.

Muster 1

LANDESWAPPEN

Muster 2

LANDESFLAGGE, VERHÄLTNIS 3:5

Muster 3

LANDESDIENSTFLAGGE, VERHÄLTNIS 3:5

Schleswig-Holsteinische Hoheitszeichen: die digitale Ausgestaltung von Flagge und Wappen, wie sie der Landtag im Jahr 2011 beschlossen hat

Die Landesfarben waren lange illegal

Die heutige Landesflagge entstand in den 1830er Jahren und errang mit dem Schleswiger Sängerfest im Juli 1844, auf dem auch das „Schleswig-Holstein-Lied“ erstmals öffentlich erklang, landesweite Bekanntheit. In der Flagge vereinen sich die Farben Schleswigs (blau-gelb) und Holsteins (rot-weiß). Blau-Weiß-Rot stand auch für die Erhebung von 1848 bis 1851 – und traf damit auf den Widerstand der dänischen Landesherren. Nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 wurde Schleswig-Holstein preußische Provinz. Im Lande wehte nun vor Amtsgebäuden der schwarze preußische Adler auf weißem Grund und immer noch nichts Landestypisches. Nach 1945 sperrten sich dann die Briten gegen Blau-Weiß-Rot. Die Besatzungsmacht fürchtete, dass ein Streit um nationale Symbole den deutsch-dänischen Konflikt im Grenzland weiter verschärfen könnte. Erst 1949 erteilte die Militärverwaltung die Genehmigung für die blau-weiß-rote Flagge – und der Landtag verankerte die Farben schließlich im Gesetz.

Wie viel Zacken hat das Nesselblatt?

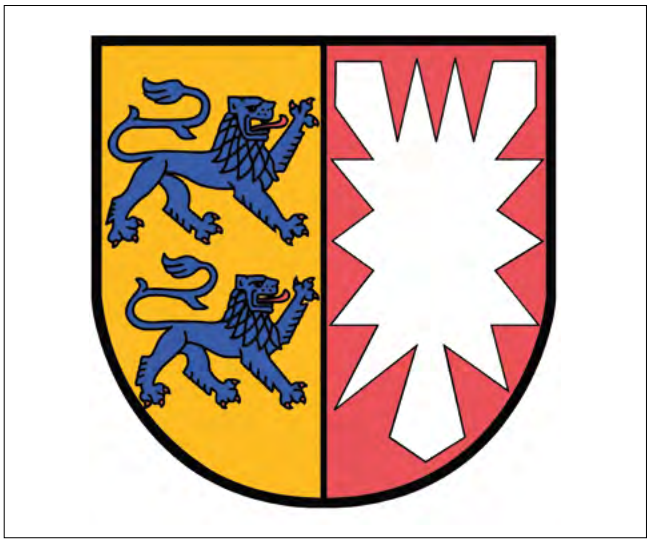
Damit definierte das Landesparlament auch das Design des Wappens.

Ein Zacken zu viel: Der Wandteppich aus dem Jahr 1950 mit dem nicht ganz korrekten Nesselblatt hängt im Aufgang zum 1. Stock des Landeshauses.

Die zwei blauen Löwen auf goldenem Grund repräsentieren den nördlichen Landesteil und sind an das königliche dänische Wappen angelehnt. Das silberne Nesselblatt auf rotem Grund steht für die Schauenburger Herzöge, die lange Landesherren von Holstein waren. Die Kombination der beiden Bestandteile ist seit dem 17. Jahrhundert belegt. Allerdings: Lange blieb unklar, wie viele Zacken das Nesselblatt haben sollte. Zahlreiche Holsteinische Städte führen den Schauenburger Schild im Wappen – in unterschiedlicher Gestaltung. Häufig hat das Nesselblatt 14 Zacken, wie in Kiel, Itzehoe, Rendsburg, Uetersen, Plön, Preetz, Oldenburg oder Wedel. Neumünster kommt jedoch mit elf Zacken aus und Bad Bramstedt mit 13, während Bad Oldesloe 16 Zacken aufweist und Bad Segeberg sogar 22. Seit 1957 steht fest: Das Land Schleswig-Holstein hat ein 13-zackiges Nesselblatt. Damit setzte sich der Landtag auch über den Wandschmuck im eigenen Plenarsaal hinweg. Denn der dort über Jahrzehnte angebrachte Teppich zeigt ein Nesselblatt mit 14 Spitzen. Der Wandteppich, den der Kieler Künstler Alwin Blaue gestaltet hat und der 1950 in der Itzehoer Weberei Hablik-Lindemann gefertigt wurde, hängt heute im Treppenhaus des Landeshauses.

„Jedermann-Wappen“ für den Vorgarten

Ihren bislang letzten Schliff erhielten Flagge und Wappen im Jahr 2011: Die Hoheitszeichen wurden digitalisiert. Die Farben Blau, Weiß und Rot entsprechen nun den DIN-Normen. Auch diesmal stimmte der Landtag einstimmig zu. Zuvor, in einer Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses, ging es auch um die Frage: Was droht Bürgern, die die offizielle „Dienstflagge“ am Fahnenmast in ihrem Vorgarten hissen? „Eine ordnungsrechtliche Verfolgung gibt es nicht“, erklärte ein Vertreter des Innenministeriums. Man empfehle aber, auf das „Jedermann-Wappen“ zurückzugreifen. Denn für den privaten Gebrauch gibt es eine abgewandelte Variante des schleswig-holsteinischen Hoheitssymbols: runder, mit helleren Farben – und ebenfalls mit 13 Zacken.



Für den Hausgebrauch: Die „Jedermann-Version“ des Wappens darf auch am heimischen Flaggenmast wehen.

Lübecker Studenten begutachten den Plenarsaal: Zugluft und Bürgernähe

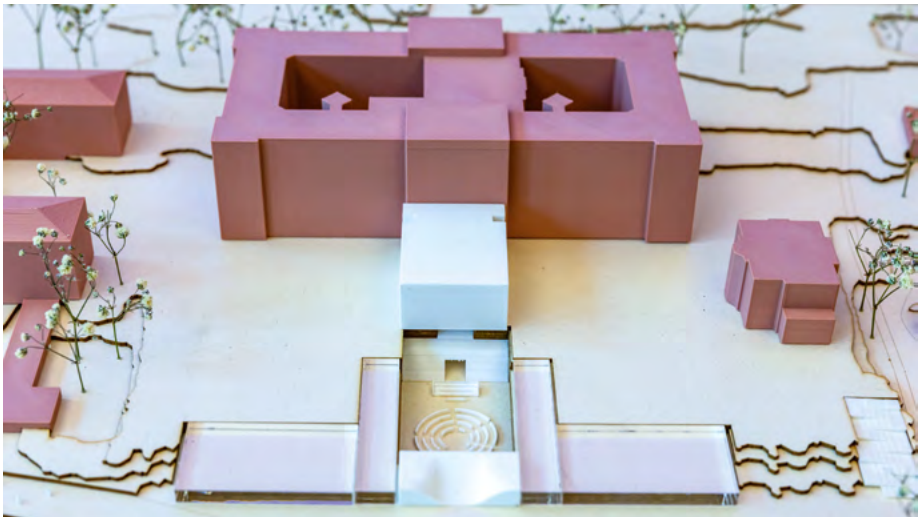
Drei Studenten der Technischen Hochschule Lübeck haben den Plenarsaal des Landtages untersucht und in ihren Bachelorarbeiten Vorschläge für ein besseres Raumklima, mehr Energieeffizienz und eine stärkere Bürgernähe entwickelt. Ende Juni stellten Hannes Marks und Lisa Schöller aus dem Studiengang Nachhaltige Gebäudetechnik sowie die Architekturstudentin Edona Haziri im Landeshaus ihre Ergebnisse vor.

Hannes Marks, Lisa Schöller und Edona Haziri (v.li.) stellten die Ergebnisse ihrer Bachelorarbeiten im Landeshaus vor.

Kalte Füße und ein starker Zug – im Sommer ist es an vielen Plätzen im Plenarsaal zu kühl. Was die Abgeordneten schon länger wahrnehmen, wurde nun wissenschaftlich bestätigt. „Im Sommer gibt es grundsätzlich Zugerscheinungen im Saal, und die Behaglichkeit wird an Tagen mit Besucherbetrieb schlechter bewertet als an Tagen mit Plenarbetrieb“, fasste Hannes Marks die Ergebnisse seiner Untersuchung zusammen. Mithilfe von Messungen, einer Simulation und der Befragung von Abgeordneten stellte er ein Defizit beim Raumklima fest. Seine Lösung: „Kühlsegel an der Decke unterstützen die Klimaanlage, sodass die Zugluft reduziert wird.“ An Tagen mit Besucherbetrieb könnte die Anlage außerdem bereits um 6:30 Uhr statt erst um 9 Uhr gestartet werden.

Energieeffizienz durch Wärmepumpe

Lisa Schöller untersuchte die Energieversorgung. „Der Plenarsaal hat aufgrund seiner großen Verglasungsflächen und seiner Raumgröße einen erhöhten Energiebedarf“, erklärte sie. In ihrer Bachelorarbeit wollte die Studentin herausfinden, wie die Effizienz der bestehenden geothermischen Anlage durch die Nachrüstung einer Wärmepumpe gesteigert werden könnte. Nach einer Analyse verschiedener Anlagenkonzepte kam Schöller zu dem Ergebnis, dass eine Reduzierung des Endenergiebedarfs um 62 Prozent möglich wäre. Der Clou: „Bislang wird die geothermische Anlage nur zur passiven Kühlung genutzt. Nach dem Einbau einer Sole-Wasser-Wärmepumpe könnte der Plenarsaal ohne Fernwärme beheizt werden.“



Edona Haziri entwarf einen unterirdischen, von der Kiellinie zugänglichen Plenarsaal vor dem jetzigen Saal (in Weiß).

Aktueller Saal als Cafeteria?

Einen anderen Ansatz verfolgte Edona Haziri mit ihrem architektonischen Entwurf. Bei ihr stand die Bürgernähe im Vordergrund. Haziri befasste sich mit dem Design des Plenarsaals. Sie sieht zwar in der gläsernen Fassade und der Außentreppe zum Glaskubus Symbole für Transparenz und Offenheit. Aber: „Der Plenarsaal schwebt über den Köpfen der Spaziergänger auf der Kiellinie.“ In ihrem Entwurf würde ein unterirdischer Plenarsaal mehr Nähe zu den Bürgern schaffen. Ein ebenerdiger Zugang von der Promenade würde den Bürgern einen direkten Blick in den Plenarsaal ermöglichen. „Der jetzige Saal würde zur Cafeteria umfunktioniert, und in den neu geschaffenen Bereichen könnte ein Besucherforum eingerichtet werden.“ Ob einzelne Vorschläge umgesetzt werden, ist offen. Aber die Bachelorarbeiten liefern dem Landtag konkrete Ansätze, um den Plenarsaal komfortabler und energieeffizienter zu gestalten.

Runde Geburtstage

Joachim Behm aus Bad Bramstedt, von 2000 bis 2005 für die FDP im Landtag, hat am 10. Juli seinen 85. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Jens-Uwe Dankert aus Eutin, von 2009 bis 2012 für die FDP im Landtag, hat am 27. April seinen 80. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Manfred Sickmann aus Dithmarschen, inzwischen wohnhaft in Schwerin, von 1983 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 14. Juli seinen 80. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Ruth Springer aus Kiel, inzwischen wohnhaft in Fröndenberg / NRW, von 1983 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 23. Juli ihren 80. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Helmut Jacobs aus Wilster, von 1996 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 12. August seinen 80. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Angelika Volquartz aus Kiel, von 1992 bis 1998 für die CDU im Landtag, anschließend Bundestagsabgeordnete und Kieler Oberbürgermeisterin, hat am 2. September ihren 80. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Ellen Streitbörger aus Lübeck, von 2009 bis 2012 für Die Linke im Landtag, hat am 12. August ihren 75. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Claudia Preuß-Boehart aus Mölln, von 1992 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 1. September ihren 75. Geburtstag gefeiert

Herzlichen Glückwunsch!

Lasse Petersdotter Munstermann ist seit Ende August der neue Name des Grünen-Fraktionsvorsitzenden. Nach seiner Hochzeit trägt er einen zweiten Nachnamen.

Kirsten Eickhoff-Weber, von 2012 bis 2022 für die SPD im Landtag und ab 2017 auch Landtagsvizepräsidentin, ist Mitte September auf einem Parteitag in Lübeck mit der Willy-Brandt-Medaille geehrt worden. Es ist die höchste Auszeichnung, die die Partei verleiht.

Robert Habeck, Grünen-Fraktionsvorsitzender von 2009 bis 2012 und anschließend Landesumweltminister und Bundeswirtschaftsminister, ist Ende August zum Professor of Practice am Forschungscluster für Geopolitik, Sicherheit und Wirtschaft der Copenhagen Business School berufen worden.

Reinhard Sager, CDU-Abgeordneter von 1992 bis 2001 und anschließend bis 2023 Landrat des Kreises Ostholstein sowie langjähriger Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistags und Präsident des Deutschen Landkreistages, ist Mitte August mit dem Verdienstorden des Landes ausgezeichnet worden.

Jörg Sibbel, Staatssekretär im Innenministerium von 2022 bis 2024 und zuvor lange Jahre Bürgermeister von Eckernförde, ist neuer Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein. Der CDU-Politiker löst den einstigen SPD-Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium **Aloys Altmann** ab, der künftig als Vizepräsident fungiert.

Philipp Nimmermann, Staatssekretär im Landesfinanzministerium von 2014 bis 2019, ist Ende September in den sechsköpfigen Vorstand der Bundesbank gewählt worden. Der Bundesrat nominierte den Grünen-Politiker, der zuletzt Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium gewesen war, für acht Jahre.

Der Landtag trauert

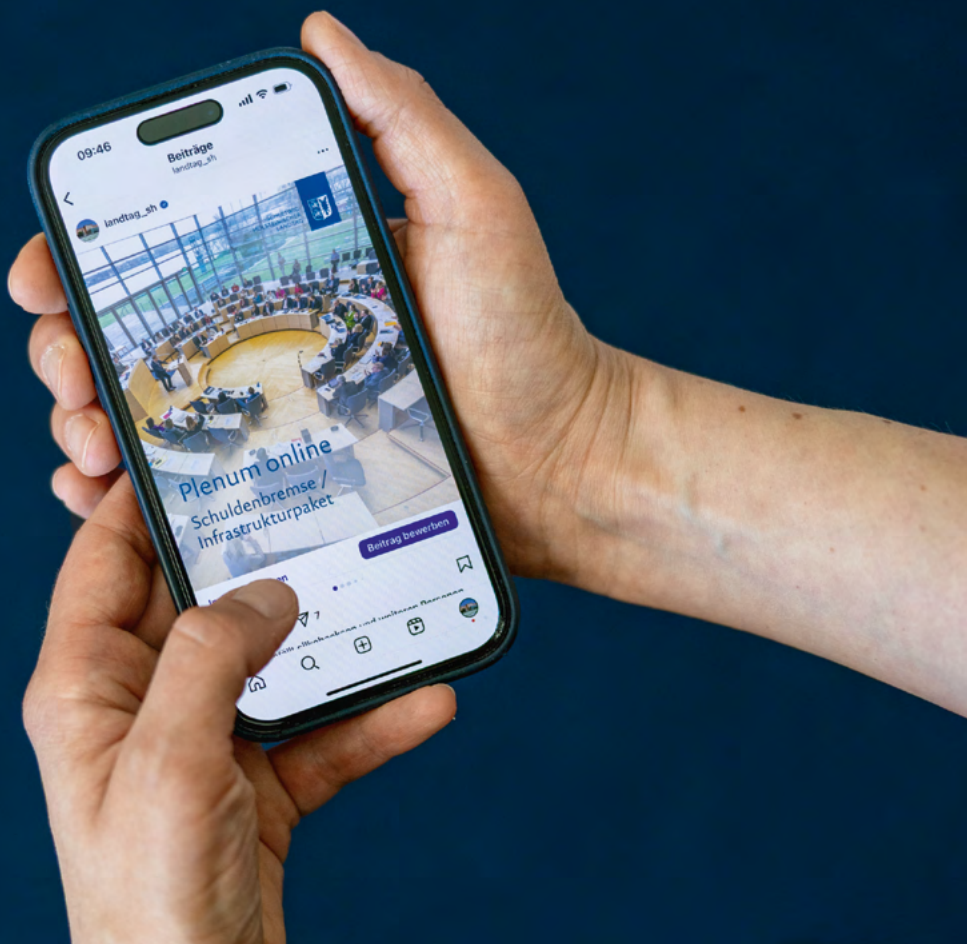
Der langjährige Landeshaus-Korrespondent des NDR-Hörfunks, **Stefan Böhnke**, ist am 26. August überraschend im Alter von 59 Jahren verstorben. Landtagspräsidentin Kristina Herbst würdigte den Journalisten in der August-Tagung als „einen feinen, zugewandten und grundanständigen Menschen“, der sachlich und mit großer Empfindsamkeit über die Landespolitik berichtet habe. „Stefan Böhnke hinterlässt hier im Haus eine schmerzhafte Lücke“, so Herbst.

Am 24. Juni ist die ehemalige Landeswahlleiterin und Innenstaatssekretärin **Manuela Söller-Winkler** im Alter von 64 Jahren verstorben. Innenministerin Magdalena Finke hob die Herzlichkeit, den Humor und die Geradlinigkeit der SPD-Politikerin hervor. Insbesondere als langjährige ehrenamtliche Landesvorsitzende der Opferschutzorganisation Weißer Ring habe sich Söller-Winkler große Verdienste erworben.

Folge uns!

Für Infos rund um den Landtag und spannende Einblicke hinter die Kulissen

@landtag_sh



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

www.sh-landtag.de

Ja, ich möchte die Landtagszeitschrift kostenlos abonnieren!

Bitte schicken Sie mir _____ Exemplar(e).

Name

ggf. Name der Institution

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Ort, Datum

Unterschrift

Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, dann schicken Sie bitte den Bestellcoupon an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag
L 1415
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

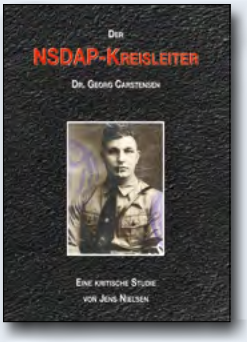
Oder senden Sie eine Mail an:
bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.
Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Donnerstag zwischen 9 und 12 Uhr sowie zwischen 13 und 16 Uhr geöffnet, am Freitag von 9 bis 13 Uhr. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.
Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.

Andree, Martin: Vermessung der digitalen Welt. Das Kompakthandbuch: Aktivitäten, Player, Märkte, Trends. Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2026 – 176 Seiten. Standort: AKN/ANDR

Die digitalen Medien bündeln mehr Aufmerksamkeit als alle Printmedien, Fernseh- und Radiosender zusammengenommen. Unser Leben wird digitaler, und es gibt Millionen von Webseiten, Plattformen, Apps. Wo halten sich die Leute eigentlich auf? Welchen Aktivitäten gehen sie nach? Die Vermessung des Internets gibt einen übersichtlichen, kompakten und präzisen Aufschluss über die Nutzung. Der Medienwissenschaftler und Manager Martin Andree betont die herausragende Rolle von Social Media für die Demokratie und beschreibt sie als Kraft im gesellschaftlichen Diskurs.



Nielsen, Jens: Der NSDAP-Kreisleiter Dr. Georg Carstensen. Eine kritische Studie von Jens Nielsen. – Hamburg: Books on Demand, 2026 - 192 Seiten. Standort: EMR/NIEL

Die Studie untersucht erstmals systematisch das Leben und politische Wirken des NSDAP-Kreisleiters Georg Carstensen (1892-1949). Anhand umfangreicher Quellen analysiert der Regionalhistoriker Jens Nielsen die örtlichen Machtstrukturen in den Kreisen Südtondern und Schleswig. Er zeigt, wie lokale Parteifunktionäre die NS-Herrschaft durchsetzten. Das nationalsozialistische Regime sei maßgeblich von Akteuren wie Carstensen getragen worden, schreibt der Autor. Deren Handlungen seien bislang aber nur unzureichend untersucht worden.

Im Krieg. Zwei illustrierte Tagebücher aus Kiew und St. Petersburg/ Nora Krug. Aus dem Englischen von Alexander Weber. – München: Penguin Verlag, 2024 – 127 Seiten: zahlreiche Illustrationen. Standort: ELP4/KRUG

Unmittelbar nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 nahm die deutsch-amerikanische Illustratorin Nora Krug Kontakt zu einer ukrainischen Journalistin und einem russischen Künstler auf. Aus Kiew und St. Petersburg berichteten die beiden in wöchentlichen Gesprächen, was der Krieg für sie aus entgegengesetzten Perspektiven bedeutet. Krug sammelte und illustrierte 52 Berichte. Angesichts von Millionen von Vertriebenen, zehntausenden Verletzten und Toten als Folge der Invasion zeigt das Buch die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf einer alltäglichen, individuellen Ebene in Texten und Bildern.

Die Bücher können nicht beim Landtag erworben und nicht außer Haus ausgeliehen werden.

Broschüren mit ein paar Klicks bestellen

Informationen über Abgeordnete, Texte von Gesetzen und Verfassung, Angebote für Kinder – der Landtag bietet rund 20 kostenlose Broschüren an. Eine Übersicht und einen einfachen Weg zur Bestellung gibt es unter www.sh-landtag.de unter „Landtag erleben“. Anschließend „Info-Service“ und „Publikationen“ klicken.

Impressum

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Pressestelle, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Frank Platthoff (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1120,
frank.platthoff@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125,
karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Niko Wasmund (stellv. Redakteur)
Tel. 0431/988-1358,
niko.wasmund@landtag.ltsh.de

Michael Neubauer (stellv. Redakteur)
Tel. 0431/988-1352,
michael.neubauer@landtag.ltsh.de

Fotos:
Sönke Ehlers, Karsten Blaas, Niko Wasmund, Michael Neubauer, Regina Baltschun, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, Kunsthalle Kiel, dpa-Bildfunk, Campus-Verlag, Penguin-Verlag, Books on Demand/Jens Nielsen, S. 13: Shutterstock/Firn, Titel: Shutterstock/jörg röse-oberreich

Konzept:
Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Gestaltung, Layout:
AlsterWerk MedienService GmbH Billstraße 103, 20539 Hamburg

Herstellung, Druck:
AlsterWerk MedienService GmbH Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:
(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit, L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639, (von 7:00 bis 12:00 Uhr), bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitschrift wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. September 2026

Der Landtag im Internet:
www.sh-landtag.de

Rasmus Vöge, CDU

geboren am 26. Juni 1979 in Kiel,
Schifffahrtskaufmann;
Fachwirt für Hafenwirtschaft,
wohnt in Ratzeburg,
evangelisch,
ein Kind, geschieden,
im Landtag seit 2022

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Ich glaube nicht, dass man davon sprechen kann, dass ich ‚in die Politik gegangen bin', als ich mit 15 in die Junge Union eingetreten bin. Aber mein grundsätzliches Interesse an der Politik wurde durch den Fall der Berliner Mauer und die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU auf dem Weg zur Deutschen Einheit geweckt. Die deutsche Teilung und das damit verbundene Unrecht des SED-Regimes waren in meinem Elternhaus Themen, über die mit uns als Kindern schon früh gesprochen wurde. Einige Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer bin ich dann an meiner Schule zur Politik-AG gegangen und in die Junge Union und die CDU eingetreten. Da waren dann landespolitische Themen prägnant, so z.B. die Schulpolitik der damaligen SPD-Bildungsministerin Gisela Böhrk, gegen die wir auch vor dem Landeshaus demonstriert haben."

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Ich beschäftige mich gerne mit Biographien, auch mit literarischen Biographien und wie vergangene Zeiten, am Beispiel von Familien, noch heute prägend sind für unser Denken und Handeln. ‚Die Buddenbrooks' von Thomas Mann gehören zu meinen Lieblingsbüchern, ebenso ‚Glück hat seinen Preis' von Irina Korschunow."

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Alexander Gerst. Mich würde interessieren, ob sich der Blick auf das Leben verändert, wenn man die Erde einmal von außen gesehen hat."

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Ich hoffe, dass ich nie in diese Situation kommen werde."

Was bringt Sie auf die Palme?

„Der Duden definiert das ja als ‚wütend werden', und das bin ich sehr ungern. Ich bemühe mich, Wut und Zorn nicht ausbrechen zu lassen. Denn davon werden Probleme erst recht nicht gelöst."

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Der NDR hat die Frage vor der Landtagswahl allen Kandidaten gestellt. Damals habe ich gesagt, dass wir schneller werden müssen, z.B. bei der Planung und dem Bau von Infrastruktur. Und heute ergänze ich, dass wir noch mutiger werden sollten, Dinge einfacher zu machen: weniger Bürokratie, schnellere Entscheidungen und mehr Vertrauen in die Menschen in unserem Land, die Verantwortung übernehmen."

Jasper Balke, Grüne

geboren am 29. Oktober 1997
in Braunschweig,
Student der Humanmedizin,
wohnt in Lübeck,
im Landtag seit 2022

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Politisiert hat mich eine Kindheit, in der die finanzielle Ungerechtigkeit und das Erleben der Schere zwischen Arm und Reich sehr präsent war. Als deshalb immer politisch denkender Mensch hat mich letztendlich meine Erfahrung im Gesundheitswesen, zunächst als Freiwilligendienstleistender in der Krankenpflege und später als Medizinstudent, zu der konkreten Entscheidung gebracht, dieses (Gesundheits-)system mit verändern zu wollen."

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„'Der Zauberberg' von Thomas Mann. Dieses Buch hat mich dazu gebracht, Medizin studieren zu wollen und meinen gedanklichen Horizont auf eine Art zu weiten, wie es bis heute noch kein anderes Buch vermocht hat."

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Ich würde gerne Christopher Nolan einmal persönlich kennenlernen."

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Zum Zeitvertreib ein Messer zum Schnitzen, ein Schachspiel und ein Set Notizbuch und Stift."

Was bringt Sie auf die Palme?

„Eigentlich nichts so wirklich, besonders stören mich aber ewig lange Sitzungen ohne erkennbaren Mehrwert."

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Ich wünsche mir/arbeite daran, dass noch mehr Menschen einen Weg aus Obdachlosigkeit und Armut ermöglicht wird."

Zu Besuch im Landeshaus

Ende August debattierte der Landtag den Entwurf eines neuen Gleichstellungsgesetzes, und am Rande trafen sich Landespolitikerinnen mit Gleichstellungsbeauftragten und Vertreterinnen des Landesfrauenrats.

Die Sportjugend Schleswig-Holstein hat Anfang September 60 junge Menschen für ihren ehrenamtlichen Einsatz ausgezeichnet. Landtagsvizepräsidentin Jette Waldinger-Thiering (li.) ehrte unter anderem Svea Lotte Holst, Frieda Vogelsang, Mija Ehlers und Theresa Bockhorn (v. li. neben der Vizepräsidentin), die alle in Dithmarscher Vereinen aktiv sind. Rechts: Fynn Stichert und Doris Birkenbach vom Landessportverband.

In diesem Jahr hat die Landjugend aus dem Kreis Plön die traditionelle Erntekrone ins Landeshaus gebracht. Die Vorsitzenden David Faehling und Jennifer Kawald hängten das Schmuckwerk aus Getreide in der Vorhalle auf, begleitet von zahlreichen Abgeordneten.

Beim „Schichtwechsel“ Ende September warfen Mitarbeiter aus Behindertenwerkstätten einen Blick in den ersten Arbeitsmarkt. Hendrik Timm aus dem Eiderheim Flintbek lernte im Landtag die Poststelle, die Druckerei und die Sicherheitszentrale kennen und half Carolin Schäfer bei der Vorbereitung des Altenparlaments.

Seit Mitte September und noch bis Ende November ist die Ausstellung „Zwischen Sammlung und Sanierung – Die Kunsthalle Kiel zu Gast im Landeshaus“ zu sehen. Regina Göckede, stellvertretende Leiterin der Kunsthalle und Kuratorin der Ausstellung, führte zum Auftakt Gäste durch die Exponate.

Mehr zur Ausstellung: Seite 40

SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Nr. 03/2026 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zutreffend, bitte den **Abschnitt mit Adresse** abtrennen und korrigiert **zurücksenden an: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel**
Oder senden Sie eine E-Mail an: **bestellungen@landtag.ltsh.de**

Termine, Termine, Termine …

Bis 2029 eine Baustelle: die Kunsthalle im Düsternbrooker Weg

Landtag wird Ausweichquartier für Kieler Kunsthalle

Im Rahmen ihrer gemeinsamen Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“ präsentieren der Landtag und die Investitionsbank (IB.SH) bis zum 29. November eine Gastausstellung der Kunsthalle zu Kiel. Während das Kieler Museum renoviert wird, sind Werke aus dem Bestand der Kunsthalle unter dem Titel „Zwischen Sammlung und Sanierung“ zu Gast im Landeshaus. Die Ausstellung blickt auf die Geschichte des 1909 eröffneten Hauses am Düsternbrooker Weg zurück, mit historischen Fotografien und Dokumenten aus den Archiven der Kunsthalle und des Schleswig-Holsteinischen Kunstvereins. Hinzu kommen ausgewählte Gemälde, Skulpturen und Fotografien aus der Sammlung der Kunsthalle mit Bezügen zu Themen wie Architektur, Konstruktion und Bauen. Die Auswahl reicht vom späten 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Die Kunsthalle ist seit 2023 aufgrund von Sanierungsmaßnahmen für die Öffentlichkeit geschlossen.

Die Ausstellung kann täglich von 10 bis 18 Uhr besucht werden. Der Eintritt ist frei. Für den Zutritt zum Landeshaus ist ein amtlicher Lichtbildausweis erforderlich.

Sprechstunde der Geschäftsstelle des Petitionsausschusses

Die Geschäftsstelle des Petitionsausschusses bietet regelmäßig Beratung und Unterstützung beim Einreichen einer Petition an. Die Sprechstunde **findet an jedem ersten Dienstag im Monat** von 8:00 bis 9:00 und von 16:00 bis 17:00 Uhr statt. Bitte melden Sie sich für die Sprechstunde an, telefonisch unter 0431/988-1018 oder per Mail an **petitionsausschuss@landtag.ltsh.de.**

Die Sprechstunde findet im Landeshaus in Kiel statt. Wenn Sie keine Möglichkeit haben, ins Landeshaus zu kommen, können Sie das Angebot auch per Videokonferenz wahrnehmen.

Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Anke Erdmann, plant auch im Herbst Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten. Geplant sind folgende Termine:

Dienstag, 20. Oktober: Heide
Donnerstag, 5. November: Lübeck
Dienstag, 17. November: Heide
Donnerstag, 3. Dezember: Lübeck
Dienstag, 15. Dezember: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr.

Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.

Telefon: 0431/988-1240.
Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“